

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg 22, Feslerstr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

Cölnener Gewerkschaftskongress und Parteipresse. Eine Nachlese.

III.

Wir müssen uns gegen den Versuch, die Gewerkschaften als solche unter den obwaltenden Verhältnissen in den politischen Kampf hineinzuziehen, auch dann energisch wehren, wenn die beweislosen Behauptungen noch weiter fruchtbar gemacht werden, daß die deutschen Gewerkschaften in die Bahnen der englischen einlenken, den Arbeiterklassenstandpunkt verlassen, versumpfen usw. Wer etwas tiefer blickt, findet sofort, daß solche Behauptungen nicht ernst zu nehmen sind, sondern nur aus Unmuth über sich selbst aufgestellt werden. Einen drastischen Beweis hierfür liefert jetzt auch A. v. Elm, dieser unermüdete Vorkämpfer für eine im strengsten Sinne des Wortes unpolitische Gewerkschaftsbewegung. Er ist den obigen Behauptungen immer entschieden entgegengetreten. Nun er sich auf dem letzten Kongress aber etwas geärgert, daß seine Resolution nicht angenommen worden ist, welche die Gewerkschaftsbewegung gegen Konsumgenossenschaften unwirksam machen wollte, da tutet auch er in das Parteinachtwächterhorn und meint: „Nach Cöln kann ich nur sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht in Gefahr, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzukommen. Die Führer der großen Gewerkschaften fangen an, wie in England, die Stellungnahmen zu allgemeinen Fragen rein rechnerisch zu erwägen; mehr und mehr tritt das ideale Moment in den Hintergrund.“ Was doch eine abgelehnte resp. unwirksam gemachte Resolution zu Stande bringt!

Mit v. Elm streiten wir natürlich nicht, sobald sein Unmuth sich gibt, wird er über die Sache wieder anders denken und schreiben. Nun schreibt Mehring aber am Schlusse seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“: „Die revolutionäre Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts blickt erst auf eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit zurück; was bedeuten im Leben der Völker ein oder zwei Menschenalter! Dennoch hat ihr die flüchtige Frist genügt, sich zu einer Macht zu entwickeln, die nicht mehr niedergeworfen werden kann. Es ist übertrieben, zu sagen, daß sie nur noch mit Siegen zu rechnen brauche; denn die schwersten Kämpfe stehen ihr noch bevor. Sie kann in ihnen Niederlagen erleiden, wie sie deren in der Vergangenheit erlitten hat; ja, wenn sie Niederlagen in der Zukunft erleiden sollte, so werden sie schmerzlicher sein, als ihre Niederlagen in der Vergangenheit gewesen sind. Aber was durch keine Niederlage mehr, auch durch die schwerste nicht, gebrochen werden kann, das ist die revolutionäre Arbeiterbewegung selbst. Sie ist der Eckstein der menschheitlichen Kultur geworden, und mit Recht sagt Rudolf Meyer von der deutschen Sozialdemokratie, ohne ihre Blüte sei die Blüte der deutschen Industrie undenkbar, was mit anderen Worten nur heißt, daß Deutschland aus dem Reigen der großen Kulturvölker verschwinden würde, wenn die Zerschmetterung seines klassenbewußten Proletariats gelänge, wie sie denn freilich niemals gelingen kann.“

„Nicht mehr darum handelt es sich für das moderne Proletariat, ob es den Klassenkampf führen soll, um sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien, sondern nur noch darum, wie es diesen Kampf am schnellsten zum sicheren Siege führen kann. Seit dem Erlöschen des Utopismus sind darüber alle wesentlichen Zweifel zerstreut; die Taktik der Sozialdemokratie ist heute dieselbe, die einst das „Kommunistische Manifest“ und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ empfahl. In dem rastlosen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft stellt jedes neue Jahr neue Aufgaben, über deren Lösung die Meinungen in der Partei oft auseinandergehen werden. Immer wird es eine Richtung geben, die mehr auf das revolutionäre Endziel, immer eine andere

Richtung, die mehr auf die praktischen Wege zu diesem Ziele sieht; das liegt in der Natur der Dinge, wie in der Natur der Menschen. Aber wie Weg und Ziel untrennbar zusammenhängen, so ergibt sich aus diesem Widerstreit nur die Diagonale der Kräfte, die den schnellen Vormarsch der Partei bewirkt. Sie hat geirrt und kann wieder irren; aber keiner Macht der Welt ist es mehr gegeben, sie dauernd ihrem Ziel abwendig zu machen oder sie dauernd über die richtigen Wege zu ihrem Ziel zu täuschen.“

Dem Sinne nach sind wir diesen Ausführungen fast in jeder Parteischrift begegnet und in jeder Parteizeitung die Woche mindestens einmal. Wie steht es nun damit? Glaubt man in den leitenden Parteikreisen noch daran? Wenn nicht, dann geht daraus nur das Eine hervor, daß man in jenen Kreisen den Glauben an die Parteiprinzipien, den Glauben an die Arbeiter, kurz, den Glauben an sich selbst verloren hat. Bei dieser Verzweiflung machen wir nicht mit. Niederlagen aber, die noch schmerzlicher sind, als die Niederlagen in der Vergangenheit waren, wollen wir vermeiden, nicht blind in dieselben hineinlaufen. Und da sagen wir: selbst wenn die ganze politische Arbeiterbewegung in Gefahr stände, in völliges Stocken zu geraten, und die gesamte moderne Arbeiterbewegung sich in den Gewerkschaften konzentrieren müßte, dann könnten wir doch nicht an der völkerebefreienden Tendenz der Arbeiterbewegung verzweifeln. Die Taktik wäre dann, um mit Mehring zu reden, auch noch dieselbe, „die einst das „Kommunistische Manifest“ und dann in besonderer Anwendung auf die deutschen Verhältnisse Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ empfahl“. Es würde sich auch dann nur darum handeln, nach Maßgabe der geschichtlich vorliegenden Umstände, „sich aus den Fesseln der Lohnsklaverei zu befreien“. Das wollen wir doch lieber nicht vergessen!

Kann denn der Fall eintreten, daß die politische Arbeiterbewegung völlig ins Stocken gerät?

Wir verfügen nicht über die Gabe der Propheten, aber es dürfte gestattet sein, eine Perspektive darzulegen, die es nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß die politische Arbeiterbewegung ins Hintertreffen gerät. Eine, wie wir gleich von vornherein bemerken wollen, vielleicht übertrieben pessimistische Hypothese. Optimistische Hypothesen existieren aber genug, eine Vermehrung derselben ist nicht nötig, wir bedauern sehr, wenn sie nicht in Erfüllung gehen, freuen wollen wir uns hingegen, wenn die im nachstehenden dargestellte Perspektive nicht zur Tatsache wird; wenn alles viel besser, viel revolutionärer sich vollzieht und wir schneller zum Ziel kommen. Immerhin, ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß die politische Arbeiterbewegung in ihrer heutigen Gestalt einmal lahmgelegt wird. An ihr selbst liegt das natürlich nicht, auch nicht an der Gewerkschaftsbewegung, aber die politische Entwicklung Deutschlands kann das mit sich bringen. Unsere Parteipresse verweist ja immerfort darauf, daß das Reichstagswahlrecht in Gefahr steht, beseitigt zu werden, daß man allenthalben am Werke ist, die Wahlrechte zu den politischen und kommunalen Vertretungskörperschaften so zu modeln, daß dabei die Arbeiterklasse ausgeschlossen wird. Täuschen wir uns nicht, damit wäre der wichtigste Lebensnerv der politischen Arbeiterbewegung in ihrer heutigen Gestalt durchschnitten.

Es ist leicht gesagt, daß man dann mit dem politischen Massenstreik antreten wird, daß man dann revolutionäre Bahnen wandelt usw. Solche Redensarten machen einen äußerst radikalen Eindruck. Zu der Durchführung gehört indes mehr als nur radikale Worte. Das will ja auch der „Vorwärts“ in seiner zitierten Besprechung des Buches über den „Politischen Massenstreik“ andeuten, indem er schreibt: „Ist der Widerstand gegen die staatsfeindsüchtige Reaktion in einem bestimmten Moment (wohl, wenn die Pläne zur Durchführung kommen sollen) nicht genügend stark, „so ist für die Arbeiterschaft jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt, so ist insbesondere

die Arbeitsniederlegung, die Stilllegung der Produktion und des Verkehrs Pflicht aller Staatsbürger.“ Der „Vorwärts“ spricht hier nur von moralischer Berechtigung dieser Mittel, von einer Pflicht aller Staatsbürger, keineswegs davon, daß die Mittel dann von der klassenbewußten Arbeiterschaft allein angewandt werden sollen. Besonders von der Stilllegung der Produktion und des Verkehrs verspricht sich der „Vorwärts“, wenn wir ihn recht verstehen, nur dann Erfolg, wenn auch diejenigen Volkskreise, „die zwar noch nicht sozialdemokratisch sind, aber ihrer gesamten wirtschaftlichen Lage nach die Anschläge der Reaktion nicht billigen können,“ dabei mittun. Daß die in unserer Partei und freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter solche Aktion allein durchführen sollten oder könnten, davon will demnach auch der „Vorwärts“ nichts wissen.

Nach Lage der Dinge in Deutschland ist aber keineswegs mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß jene Kreise, auf welche der „Vorwärts“ verweist, mittun würden. Das ist es ja gerade, weshalb sich die staatsfeindsüchtigen Pläne der Reaktion immer dreister hervormagen; in Deutschland ist das politische Leben zum guten Teil versumpft und es versumpft weiter; starke Kräfte sind an der Arbeit. Hierzu rechnen wir auch die eifrige Tätigkeit des Zentrums, die Arbeiter zu entzweien, soweit sie noch „christlich“ gesonnen sind, mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften zu verfeinden. Wir rechnen dazu aber auch die Sonderbündelei in unseren eigenen Reihen, welche unter der Vorgabe, die Prinzipien der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften zu fördern, kleinliche Eigeninteressen im Auge hat und den Reaktionären den größten Vorspann leistet, indem sie ein Zusammenarbeiten der sozialdemokratisch gesonnenen Arbeiter schon unmöglich macht, geschweige denn ein Zusammenwirken der gesamten Arbeiterklasse. Und die Anarchisten ziehen erst recht am Strange der Reaktion. Auf den Mittelstand, Kleinbürgertum und Kleinbauertum ist aber gar nicht zu rechnen, der befindet sich ja zum guten Teil bemußt im Gefolge der Reaktion und soweit er bei Wahlen einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgibt, ist er unzuverlässig, sobald es sich um Aktionen handelt, die hier in Frage kommen.* Was heißt für das Kleinbürgertum und Kleinbauertum die „Stilllegung der Produktion und des Verkehrs?“ Täuschen wir uns nicht, jene Aktionsmittel, welche hier in Frage kommen, sind rein proletarisch, können unter den gegebenen Verhältnissen in Deutschland nur von Arbeitern in Anwendung gebracht werden.

Wäre der Parlamentarismus in Deutschland nicht schon zum guten Teil versumpft und noch weiter in einem starken Versumpfungsprozeß begriffen, kein Reaktionsnarr würde es wagen, einen Wahlrechtsraub in Vorschlag zu bringen, und die Reaktion in ihrer Gesamtheit würde sich hüten, solche Pläne durchzuführen. Es handelt sich hier darum, daß die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum ihre historische Rolle feige aufgegeben haben. Kein „politischer Massenstreik“ kann diese Schichten zwingen, sie wieder aufzunehmen. Ein Kampf gegen einen Wahlrechtsraub

* Es ist übrigens charakteristisch, wie Parteizeitungen, wie die „Leipziger Volkszeitung“, über den Wert der Partei bezw. über den historischen Wertmesser derselben urteilen. Genannte Zeitung schreibt neuerdings, nämlich am 22. Juli: „Nur soviel behaupten wir, daß wir den überwältigenden Erfolg des 16. Juni 1903 allzu kritisch hingenommen haben. Wir setzten voraus, was schließlich doch erst zu beweisen war, daß die drei Millionen vollgültige Münze seien, und daß wir nur noch einige Millionen hinzuzuschöpfeln hätten, um unsere Rechnung mit der kapitalistischen Gesellschaft endgültig zu begleichen. Von diesem ersten Irrtum gelangte man zu dem zweiten, daß es keine wichtigere Aufgabe gäbe, als möglichst zahlreiche Wählerstimmen zu gewinnen, woraus dann der dritte Irrtum floß, daß mit einer sensationellen Agitation vielmehr geschafft werden könne als mit einer prinzipiellen — in der an sich ja nicht unrichtigen Annahme, daß der biedere Philister sich ebenso leicht in wohlfeile Entrüstung über die Skandale der kapitalistischen Gesellschaft jagen läßt, wie er durch eine gründliche Aufklärung über die Lebens- oder vielmehr Sterbensbedingungen dieser Gesellschaft einschließlich ihres gesamten Philistertums vor den Kopf gestoßen wird.“

wird in Deutschland jedesmal ein Kampf um die Diktatur des Proletariats in den betreffenden Vertretungskörpern sein, keineswegs nur ein Kampf, um die geraubte Position wieder zu erobern.

Liegt die Sache aber so, dann kommen doch wohl noch einige Erfahrungen in Betracht. Sagen nicht Marx und Engels in ihrem Vorwort zum „Kommunistischen Manifest“ von 1872: Die Pariser Kommune habe den Beweis geliefert, „daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“ War das aber schon in Frankreich der Fall, wo die Selbstverwaltung einigermaßen fortgeschritten war, ja, um wieviel mehr muß das dann erst in Deutschland zutreffen, wo die Kompetenz der Vertretungskörper des Volkes von jeher eine recht minimale, fast nur scheinbare gewesen ist. Demnach würde es sich nicht nur darum handeln, ein entrissenes Wahlrecht zurückzuerobieren, sondern es müßte eine völlige politische Umwälzung bewirkt werden. Wir pflichten keineswegs Dr. Friedeberg bei, der da meint, er weine dem Reichstagswahlrecht keine Träne nach; das Weinen überläßt man zwar alten Weibern, aber wir wissen, was das Wahlrecht für die Arbeiterklasse bedeutet und haben es immer sehr hoch geschätzt. Allein, daß in absehbarer Zeit um das Wahlrecht ein Kampf mit den angedeuteten Konsequenzen aufgenommen werden müßte oder auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden könnte, leuchtet uns bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge in Deutschland nicht ein.*

Jedenfalls kommt unter solchen Verhältnissen alles auf die Frage an: Was wird aus den Gewerkschaften? Entzöge man mit dem Wahlrecht den Arbeitern auch gleichzeitig das Koalitionsrecht, zerschläge man nochmals die Gewerkschaften, ja, dann würde die politische Arbeiterbewegung Dimensionen annehmen, wie wir sie uns vielleicht gar nicht träumen lassen. Eine zweckdienliche Taktik würde sie rasch finden und anwenden lernen. Es trifft nämlich keineswegs zu, wenn Rautsky meint, die Gewerkschaft sei die einzige Form, jene Schichten des Proletariats, die überhaupt kampffähig und organisierbar sind, in Massen zu organisieren. Die Gewerkschaften sind zwar die passendste Form einer Arbeiterklassenorganisation, aber es kommt doch alles darauf an, welchen Spielraum man den Gewerkschaften läßt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Schnürt man die Wirksamkeit der Gewerkschaften ein, dann findet sich das Proletariat auch schnell in anders geartete Organisationen in Massen zusammen. Auf die Situation kommt es an! Ginge es nach den Wünschen des Unternehmertums, dann wäre die Beseitigung des Koalitionsrechtes, die Zertrümmerung der Gewerkschaften natürlich sicher. Allein schon Lassalle wußte: „Die Diener der Fürsten sind keine Schönredner, wie es die Diener des Volkes oft sind. Aber es sind praktische Leute, die den Instinkt haben, worauf es ankommt.“ Und wenn Bismarck seinerzeit den großen Bock geschossen hat, mit dem Sozialistengesetz die Arbeiterklasse zu entrechten und sie zu revolutionieren, muß dann unter allen Umständen angenommen werden, daß seine Nachfolger solche Gesetze wiederholen? Wir glauben nicht recht daran. Ein kleines Beispiel bietet Sachsen. Die Vertretung der Arbeiter im Landtage hat man unmöglich gemacht, man sperrt auch immermehr die Stadtverordnetenkollegium. Auf das Koalitionsrecht der Arbeiter übt man aber nicht mehr einen so starken Druck aus wie früher. Den Gewerkschaftsorganisationen legt man zur Zeit nicht mehr so große Hindernisse in den Weg, wie man es in Sachsen sonst geradezu gewohnt war.

Läßt man das Koalitionsrecht bestehen, stört man die Gewerkschaften nicht, nun dann kann es sehr wohl so kommen, daß die politische Arbeiterbewegung in ihrer heutigen Gestalt durch den event. Wahlrechtsraub verdrängt und die Arbeiter sich in den Gewerkschaften konzentrieren; sich allein auf die Gewerkschaftsbewegung stützen. Mit der einfachen Angstmacherei, daß mit dem Fall des Wahlrechts auch die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung nur eine Frage der Zeit sei, läßt sich in Versammlungen und auf Parteitagungen zwar rauschender Beifall erzielen, aber man wird damit die Arbeitermassen kaum dahin bringen, einen Kampf aufzunehmen, dessen Ausgang nicht gerade sehr zuverlässig ist. Die Möglichkeit ist also gar nicht ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften einmal die alleinigen oder doch die hauptsächlichsten Träger der Sozialdemokratie in Deutschland werden; daß die Sozialdemokratie auf sie angewiesen ist. Hält man das für möglich, dann grenzt es geradezu an Selbstmord, was ein Teil der Parteipresse an den Gewerkschaften sündigt.

Nicht ganz bedeutungslos waren die Betrachtungen, mit welchen bürgerliche Blätter die Verhandlungen des Cölner Gewerkschaftskongresses begleiteten. So schrieb u. a. die „Cölnische Zeitung“:

* Dieser Artikel war bereits abgesetzt, als uns die „Neue Zeit“ vom 16. Juli zu Gesicht kam. Darin führt auch Rautsky aus: „Selbst wenn es zur Aufhebung des Reichstagswahlrechts käme, müßte man sich es noch sehr überlegen, ob man ohne weiteres mit dem Massenstreik darauf antworten sollte.“

„Die Verhandlungen des Cölner Gewerkschaftskongresses beanspruchen eine größere Beachtung, als man sie der Zusammenkunft der Vertreter einer großen Berufsorganisation ohne weiteres zugestehen müßte, von welchem Standpunkt aus man auch ihre Richtung und Betätigung beurteilen mag. In der Hauptsache ist es die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die, um ein Vielfaches stärker als in der politischen Partei, in den Zentralverbänden der freien Gewerkschaften zusammengeschlossen ist. Weit mehr als die politische Sozialdemokratie trotz ihrer drei Millionen Stimmen und 80 Reichstagsstimmen die Politik des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten zu beeinflussen vermag, fällt die Gewerkschaftsorganisation als Machtfaktor für das wirtschaftliche Leben ins Gewicht. Das macht sich nicht nur in den alltäglichen Verhältnissen von Industrie und Gewerbe, in den Lohnkämpfen und Betriebsstörungen fühlbar, es zeigt dies schon ein Blick auf die achtunggebietenden Ziffern, mit denen man auf dem Gürtgenick als dem Ergebnis einer unerhofft erfolgreichen Tätigkeit aufwarten wird. . . Diese Entwicklung, die sich den Verhältnissen der englischen Trade Unions mit Riesenschritten nähert, muß man als gegeben hinnehmen, und auch wenn man in ihr eine Gefahr für den inneren Frieden und das Gedeihen der Industrie sieht, darf man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Organisation der Arbeiter nicht mehr unterdrückt werden kann. Man wird sich darauf beschränken müssen, durch das Gegengewicht einer möglichst geschlossenen Koalition der Arbeitgeber und, wenn erforderlich, durch ein Eingreifen des Staates der auf den Klassenkampf gerichteten Tätigkeit dieser Organisation nach Möglichkeit Grenzen zu stecken.“

Wir wollen nicht behaupten, das Vorstehende sei eine Art Regierungsprogramm oder nur das Programm einer bürgerlichen Partei in bezug auf ihre Gewerkschaftspolitik. Aber es sind auch im Reichstage schon Ausführungen gemacht worden von Regierungsvertretern, die sich mit dem vorstehenden decken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Gesetzgebung in absehbarer Zeit in der angeedeuteten Richtung bewegt. Geschieht das, dann braucht man für die Existenz und einen großartigen Aufschwung der politischen Arbeiterbewegung nichts zu fürchten, sie wird dadurch ganz bedeutend gewinnen. Denn es ist ja eine Hirnverbranntheit sondergleichen, zu glauben, die Arbeiter würden sich mit Gewerkschaften begnügen, die nach dem Rezept der „Cöln. Zeitung“ zugestutzt sind. Selbst die „christlichen Gewerkschaften“ lassen sich nicht mehr in den gezeichneten Rahmen pressen.

Unsere Perspektive hat zur Voraussetzung, daß die jetzige Tätigkeit der Gewerkschaften und ihr jetziger Spielraum nicht beschränkt werden. Man kann nämlich die Gewerkschaftsbewegung ganz unbehelligt lassen, ihre gesetzliche Grundlage sogar noch bedeutend erweitern, und trotzdem ist der Fall nicht ausgeschlossen, daß sie mit der Zeit viel ruhiger wird, als gegenwärtig. Dabei denken wir gar nicht an eine systematische Abschwächung der Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern einfach an die gewerbliche Entwicklung.

Die gegenwärtige Lebhaftigkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist nicht so sehr in ihrem Wesen begründet, sondern mehr in der günstigen Konjunktur. Diese Konjunktur hängt im wesentlichen ab, von Deutschlands dominierender Stellung auf dem Weltmarkt. Sie wird aber nicht immer dieselbe bleiben. Deutschland kann über kurz oder lang in denselben wirtschaftlichen Sumpf geraten, in welchem sich England seit Jahren befindet. Heute bestehen kaum noch Zweifel darüber, daß sich die deutsche Industrie, der deutsche Handel nicht zum mindesten gehoben haben auf Kosten der englischen Industrie und Handel. Nun kann aber sehr wohl auch der Fall eintreten, daß Deutschland von anderen Nationen überflügelt und auf dem Weltmarkt geschlagen wird. Noch wissen wir nicht, welche Konsequenzen sich aus dem Kriege zwischen Japan und Rußland und aus der Revolution Rußlands für den Weltmarkt ergeben! Immerhin, es ist damit zu rechnen, daß Deutschland seine Stellung auf dem Weltmarkt nicht für alle Ewigkeit behauptet. Das muß natürlich auf die innere Lage Deutschlands zurückwirken. Dann kann das sehr wohl für die Gewerkschaften zu Kämpfen um Sein oder Nichtsein führen; zu politischen Kämpfen von unabsehbarer Tragweite. Es kann aber auch, ähnlich wie in England, dahin kommen, daß das Unternehmertum auf Lohnrückereien im großen Stil verzichtet und daß die Gewerkschaften in Anbetracht der Lage ruhig werden und sich in der Hauptsache auf die Pflege ihres Unterstützungswesens beschränken.

Die englischen Verhältnisse verdanken ihre Existenz nämlich nicht, wie behauptet wird, einer fein ausgetüftelten Methode, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in eine begünstigte Sonderstellung bringt, sie über die Massen des Proletariats hinaushebt und dadurch ihren Zusammenhang mit dieser lockert, ihnen das Bewußtsein beibringt, einer privilegierten Klasse anzugehören, und sie dadurch konservativ und engherzig macht. Die englische Kapitalistenklasse läßt sich, wie wir glauben, von viel weniger weitfichtigen Motiven leiten. Die Existenz ihrer Industrie, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist dabei entscheidend. Es kommt doch nicht von ungefähr,

wenn Rudolf Meyer behauptet, worauf sich Mehring bezieht, daß ohne die Blüte der deutschen Sozialdemokratie die Blüte der deutschen Industrie undenkbar sei. Wo wären heute England und die englische Industrie ohne die englischen Gewerkschaften, ohne die gut gelohnten und darum intelligenten Arbeiter? Ja, das ist es eben, die Entwicklung der englischen Verhältnisse hat die Unrichtigkeit eines unserer wichtigsten Lehrsätze dargetan, hat dazu geführt, daß man die „Verelendungstheorie“ aufgeben mußte. Im „Kommunistischen Manifest“ werden dieser Lehrsatz und seine Konsequenzen für die wirtschaftliche und revolutionäre Entwicklung wie folgt dargestellt:

„Alle bisherige Gesellschaft beruhte auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen ihre Bedingungen existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet, wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalistischen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr Leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“

Wir sehen heute, um mit dem „Kommunistischen Manifest“ zu reden, daß die Bourgeoisie nicht nur nicht „unfähig ist, ihren Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern“, sondern sie muß sogar den Aufstieg der Arbeiter zulassen, wenn sie auf dem Weltmarkt und damit aus der Weltgeschichte nicht ausgemerzt werden will. So stehen die Dinge und nicht anders. Zu denselben Schlüssen würden wir kommen, wenn wir auch die russischen Zustände heranziehen wollten, die wir aber außer Betracht lassen, weil uns das zu weit führen müßte.*

Die Existenz und Weiterentwicklung der Gewerkschaften, das Aufgeben des Scharfmacherstandpunktes in Unternehmertum hängt also gar nicht davon ab, ob die Unternehmer „humaner“ werden, die Arbeiter ihre revolutionären Bestrebungen aufgeben usw., sondern einfach davon, ob die Bourgeoisie und ihr geschäftsführender Ausschuß, die Regierung, zu der Erkenntnis der Bedingungen ihrer eigenen ökonomischen Existenz kommen!

Da wären wir mit unserer Perspektive hübsch weit geraten: In den Sumpf der englischen Gewerkschaftsbewegung! Nun, wir deuteten schon an, wir streben nicht dahin, wir sagen auch nicht, daß alles so kommen werde, sondern nur, daß unter Umständen, möglichenfalls, die Entwicklung dahin führen kann. Mögen nun jene schreibenden Parteigenossen, die so von oben herab über den fünften Gewerkschaftskongress aburteilten und auf Delegierte recht geistreich schimpfen konnten, dazun, wie man eine solche eventuelle Entwicklung unter allen Umständen verhindern kann, ohne Gefahr zu laufen, Niederlagen auf Niederlagen zu erleiden.

Allerdings, die Antworten mancher Genossen könnten wir hier schon schreiben, noch ehe sie sich geäußert haben. Sie werden ein Jammergeschrei erheben, daß in einem Gewerkschaftsblatte auf die Aussichtslosigkeit der politischen Arbeiterbewegung, auf die Aussichtslosigkeit des Sozialismus angespielt wird usw. Wir kennen unsere Pappenhäuser! Aber gemacht, hier gibt es noch eine Nuß zu knacken. Wilhelm Liebknecht, der von revolutionären Bewegungen und deren Bedingungen mehr verstand, als sein generalstreikfächtiger Sohn, verglich einmal (in seiner Bielefelder Rede 1893) die englischen Gewerkschaften „mit jenem Riesendampfhammer, von dem gesagt wird: er kann eine Eierschale zerbrechen, ohne den Dotter zu zerdrücken, und er kann den härtesten Stahlblock mit einem Schlag in Atome zerschmettern“. Er zog daraus die Nutzenanwendung: „Was jetzt haben die englischen Gewerkschaften bloß Eierschalen zerdrückt, wenn aber der richtige Geist und Wille den Hammer führt, dann zerschmettert er die kapitalistische Gesellschaft zu Staub.“

„Geist und Wille.“ Ja, für uns Sozialdemokraten kommt jetzt wohl noch etwas anderes in Betracht. Vor allem die Lösung der Frage, ob der Sozialismus in einem einzelnen modernen Staate ohne Rücksicht auf die übrigen Staaten durchgeführt werden kann. Wir haben früher

* Inzwischen schreibt aber auch der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 22. Juli: „Rußland vermag aus seinen inneren und äußeren Mitten nur herauszugelangen, wenn das absolutistische Regiment zu grunde geht und die wirtschaftlichen und politischen Kräfte der russischen Nation befreit werden.“ Es handelt sich in Rußland auch demnach bei der gegenwärtigen Revolution nicht etwa um den Sturz des Kapitalismus, sondern er soll erst befreit werden.

die Existenz dieser Frage nicht gekannt. Kürzlich führte aber Kautsky in der „Neuen Zeit“ in einem etwas anderem Zusammenhang aus: Derjenige gesellschaftliche Organismus der gesellschaftlichen Produktion, welchen wir anstreben, kann sich nicht auf eine Nation, ein Land beschränken. „Die kapitalistische Produktionsweise hat den Weltmarkt geschaffen; wurde ehemals zwischen den Ländern nur Ueberflüssiges ausgetauscht, produzierte jedes Land alles Wesentliche selbst, was es brauchte, so ist heute der internationale Handel eine Lebensbedingung für alle kapitalistischen Nationen geworden, kann keine dieser Nationen für sich allein mehr existieren. Die Aufhebung der Warenproduktion führt daher notwendiger Weise schließlich zu einer gesellschaftlichen Regelung der gesamten internationalen Produktion, zur Herstellung eines Organismus, der gesellschaftlichen Produktion, der den ganzen Weltmarkt umfaßt.“

Ziehen wir die Auffassung Liebknechts über die englischen Gewerkschaften zusammen mit der Auffassung Kautskys über die Durchführung des modernen Sozialismus, dann ergibt sich für beschränkte Menschen, wie es die Gewerkschaftler nun einmal sein sollen, die Perspektive, daß in allen Kulturländern mit kapitalistischer Produktionsweise die Gewerkschaftsbewegung erst jenen Umfang und jene Widerstandsfähigkeit erlangt haben muß, wie in England, und daß die ganze Gewerkschaftsbewegung der Welt von dem „richtigen Geist und Willen“ erfährt und geleitet werden muß, bevor der moderne Sozialismus Aussicht auf Durchführung hat. Damit wären wir dann bei dem Resultat angelangt, daß die Arbeiter schließlich in ähnlicher Weise zur politischen Macht aufsteigen und sich befreien werden, wie im obigen Zitat aus dem „Kommunistischen Manifest“ der Aufstieg des Leibigenen und Kleinbürgers dargestellt wird. So leuchtet auch ein, daß der „Vorwärts“ in dem zitierten Artikel über das Buch der Roland-Holst schreibt: „Der oberste Grundsatz der sozialdemokratischen Taktik ist und bleibt die Revolutionierung der Köpfe.“ Gegenüber den staatsstreuchächtigen Plänen der Reaktionäre „ist die Empörung in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen“. Daß es sich in den Gegenwartskämpfen zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden schon „um die Beseitigung jeder Herrschaft irgend einer Klasse dreht“, wie in einem anderen Parteiblatt so oft behauptet wird, leuchtet nicht so klar ein. So weit sind wir noch nicht. Wissen es unsere schreibenden Genossen an der Parteipresse besser, gut, laßt Eure Weisheit hören, wir sind aufnahmefähig und lernen gern. Belehrt; schnauzt nicht wie Rekrutenunteroffiziere!

Zum Schluß wollen wir bemerken, daß wir diese Auseinandersetzungen, wie schon erwähnt, gepflogen haben zur Klärung der Situation für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Aber es mußte auch einmal dargetan werden, daß in den Gewerkschaften etwas anderes rumort und sich gegen einen Teil der Parteipresse auflehnt, als „Berufsborniertheit“, „Pfennigfucherei“, „Ruhebedürfnis“ usw., wie man in leitenden Parteikreisen vielfach annimmt und in einem Teile der Parteipresse geflüstert behauptet. Es ist ja richtig, die Gewerkschaftsführer, so weit wir sie kennen, sind alle aus Arbeiterkreisen hervorgegangen und können gewisse Merkmale der Arbeiterklasse nur schwer oder gar nicht los werden, sie sagen gewöhnlich alles so, wie sie es meinen, nennen die Dinge beim richtigen Namen und haben meist ein trauriges Proletarierleben hinter sich. Wir können ein Lied davon singen. Es ist kein Wunder, wenn es schreibende Parteigenossen gibt, die aus anderen Gesellschaftsklassen stammen, eine ausgezeichnete bürgerliche Bildung mitgebracht haben und nun der Meinung leben, der Gewerkschaftler könne gar nicht über seine Nasenspitze hinaussehen, weil er mit bürgerlich gebildeten Kreisen noch gar nicht in Verbindung gekommen ist, die über das Bildungsmonopol verfügen, und jedenfalls nicht so oft, wie die meisten politischen Parteiführer. Diesen trauen sie die Befähigung zu, sich über die Weltlage ein Urteil bilden zu können, den Gewerkschaftlern nicht. Sie möchten die Arbeiterklasse nach ihrer vermeintlich unfehlbar richtigen Methode so vom grünen Tisch aus dirigieren, und dabei stehen ihnen, wie sie glauben, die Tölpel von Gewerkschaftsführern im Wege, darum vermöbeln sie diese nach allen Regeln der Literaturkunst. Es ist der Geist eines verflochtenen Querulanten, der in einem Teile unserer Parteipresse spukt! Daß es sich in einem solchen Gebaren um die schlimmsten Auswüchse des Berufs- und Klassendünkels handelt, wissen solche Parteigenossen gewöhnlich nicht oder wollen es nicht wissen. Sie erzielen mit ihrer Methode manchen Erfolg nur deshalb, weil auch große Massen organisierter Arbeiter noch zu wenig Selbstachtung besitzen, um dieses Gebaren zu durchschauen und nicht begreifen, daß man sie nur zu dem Zweck umschmeichelt, ihnen gewissermaßen Honig auf die Backen streicht, und auf ihre Führer und Klassengenossen losschlägt, um die Gewerkschaften damit zu treffen. Dafür aber, daß auch solche Genossen über die Gewerkschaften und ihre Führer schimpfen, die auf dem Rücken der Gewerkschaftler empor-

getrocknet sind auf die Redakteursfessel der politischen Parteipresse, haben wir keine Worte.

Genug davon! Zur Förderung der Gewerkschaften und zur Leitung derselben gehört etwas anderes als „Berufsborniertheit“, „Pfennigfucherei“ und „Ruhebedürfnis“. Dazu gehört ein verhältnismäßig recht umfangreiches Wissen, großes Taktgefühl zwar nicht im bürgerlichen, aber im proletarischen Sinne. Es gehört dazu vor allem die Kenntnis des in der Gesellschaft sich vollziehenden Klassenkampfes und seiner Bedingungen. Und zum Glück ruht in der Arbeiterbewegung selbst jene magische Kraft, welche Arbeiter, auch wenn sie aus noch so elenden Proletariatsverhältnissen stammen, so zu heben im Stande ist, daß sie jene Eigenschaften und jenes Wissen sich aneignen, die notwendig sind, eine Führerrolle übernehmen zu können. Ein großes Menschheitsideal muß den Gewerkschaftsführer begeistern, sonst führt er nicht nur leicht seine Gewerkschaft in eine Sackgasse, sondern er findet ohne solches auch nicht den notwendigen Anreiz, den keineswegs einfachen und leichten Aufgaben eines Gewerkschaftsführers gerecht zu werden. Wir wollen damit nicht sagen, die Gewerkschaftsführer sind unfehlbar und ohne menschliche Schwächen. Irren und fehlen können auch sie. Aber wir meinen, den Dünkel könnte man endlich aufgeben, daß der Kreis der vollwertigen Parteigenossen erst beim Redakteur an der politischen Arbeiterpresse, beim Landtags- und Reichstagsabgeordneten beginnt. Man sollte auch die Gewerkschaftler als gleichwertig anerkennen. Wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in ungewisser Situation, wie es gewöhnlich ist, in einen Kampf eintreten, um ihre Lage zu verbessern, um ein halbsittiges Unternehmertum zu zwingen, ein Stück Herrendünkel aufzugeben, insofern, daß es die Arbeiter bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als Faktor anerkennt, oder wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter unwürdige Zumutungen ablehnen, sich lieber aussperren lassen, Wochen, Monate, halbe Jahre lang und mitunter auch länger kämpfen bei magerer Unterstützung, wenn sie dann, weil ihnen das Kriegsglück nicht hold war, den Kampf ungeschwächten Mutes abbrechen, um ihn bei der nächsten passenden Gelegenheit wieder aufzunehmen und nun mit gesteigerter Energie für die Anerkennung ihrer Menschenwürde kämpfen; wenn bei solchen Konflikten gewerkschaftlich organisierte Arbeiter die größten Opfer tragen; in Anbetracht des häuslichen Glends, das dabei einzutreten pflegt, nicht müde und mutlos werden; nicht selten auch schwere Gefängnisstrafen erdulden, ohne den Mut zu verlieren: dann haben sie sicherlich einen ebenso großen Anteil an dem Klassenkampfe genommen, wie mancher Abgeordneter, wenn er im Parlamente eine in größter Ruhe vorbereitete und wohlgeleitete Rede hält, oder wie mancher Redakteur an der politischen Arbeiterpresse, der, wie der konfuse Henning an der Erfurter „Tribüne“, tutti quanti, seine Schwärzen schreibt oder zusammenschneidet. Man brauchte die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nicht als Genossen minderen Grades zu betrachten und es liegt keinerlei Ursache vor, die Gewerkschaftsführer zu behandeln wie Rehrichthausen.

Wir haben schon immerfort angedeutet, daß sich unsere Ausführungen nur gegen einen Teil der Parteipresse richten. Um jeden Zweifel darüber auszuschließen, wollen wir noch hervorheben, daß wir erfreulicherweise recht viele schreibende Parteigenossen kennen, darunter auch solche, die aus anderen Gesellschaftskreisen zur Arbeiterbewegung gekommen sind, radikale und revisionistische Parteigenossen, die sehr gute Kameradschaft mit den Gewerkschaftlern halten; die sich im Verkehr mit ihnen als Gleiche unter Gleichen benehmen und betrachten. Diese Genossen wollen wir selbstverständlich mit keinem Worte in unserer Auseinandersetzung treffen, wir wünschen nur, daß es in der gesamten modernen Arbeiterbewegung so sein möchte.

In der Zeit der sauren Gurke.

Th. Berlin, 23. Juli 1905.

Es ist keine Ordnung mehr in der Weltgeschichte! Die einstige schöne Zeit der sauren Gurke ist für immer verschwunden. Noch vor einem Jahrzehnt konnte der Redakteur oder der Journalist, wenn die hohen und höchsten Herrschaften das geschäftliche Nichtstun des Winters mit dem absoluten Nichtstun des Sommers vertauschten, wenn die Minister in die Wäber eilten, kaum begleitet von einem Privatsekretär, das Tintenfaß aufstößeln und sich gleichfalls in eine stille Ecke zurückziehen. Dann und wann ein „Stimmungsbild“ aus dem Gebirge oder vom Seekstrand, je nachdem sie sich eben aufhielten, stellte die genügsamen Leser vollständig zufrieden. Der Sommer war dazu da, daß nichts Wichtiges passierte, und jeder betrachtete es als gräßlichen Verstoß gegen die heiligste, allhergebrachte Ordnung, wenn im Hochsommer irgendwo irgendwas Wichtiges sich auf dem politischen Felde ereignete.

Diese Zeiten sind vorüber, für immer vorüber. Seit Jahren gibt es keine sommerliche Sauregurkenzeit mehr. In den Redaktionen muß vielmehr jetzt noch viel febriler gearbeitet werden als in der Wintersaison, die angeblich allein berufen sein soll, die Arbeit am politischen Webstuhl fortzusetzen. Wenn das so fortgeht, wird das journalistische Federvieh die Ferien

aus dem Sommer in den Winter verlegen müssen. Und da es keinen besonderen Genuß bereitet, im Winter auf Berge zu kramern oder in verschneiten Strandbörfern zu kampieren, Fußwanderungen zu unternehmen oder sich an einen Waldbrand zu legen und sich die Sonne in den Magen scheinen zu lassen, so wird in Zukunft der Redakteur sich nach Dachart einen Winterschlaf angewöhnen müssen. Die Welt würde dabei nichts verlieren.

Was hat allein der gegenwärtige Sommer wieder gebracht! Eine Sensation hat die andere erdrückt. Vom Blödsinnprozeß redet schon kein Mensch mehr; die Errichtung der norwegischen Republik mittels eingeschriebenen Briefes an rex Oskar gehört auch schon zu den halbvergessenen ollen Kamellen; der Saarprozeß über den Hilger-Terrorismus klingt nur noch wie aus fernsten Zeiten herüber; vom Marokkorummel haftet nur noch in der Erinnerung, daß er dem deutschen Heere den längsten Schellenbaumträger, einen braunen Sohn Nordafrikas, von 2 1/2 Meter Größe, beschert hat. Daß der Kellner Meyer im Ruhstratprozeß glänzend freigesprochen worden ist und das Bückeburger Landgericht ihn sogar auf Kosten Oldenburgs Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft zugewilligt hat, womit das Gericht sagen will, Meyer sei direkt unschuldig, er habe also nicht eine Unwahrheit ausgesagt, als er behauptete, den Pokernminister habe noch vor einigen Jahren innige Freundschaft mit der „Lustigen Sieben“ verbunden, hat nur einige Augenblicke ein angenehmes Lustgefühl auslösen können. So überladen mit sensationellen Eindrücken sind wir alle, daß niemand auf Entscheidung der Frage drängt, was denn nur aus dem Ruhstrat werden soll, ob es denkbar ist, daß ein so schwer kompromittierter Mann Justizminister bleiben darf. Nur wir Sozialdemokraten in unserer bodenlosen Schlechtigkeit bejahen diese Frage und sagen, gerade ein Justizminister wie Ruhstrat sei uns der angenehmste, er repräsentiere am besten die Moral der bürgerlichen Gesellschaft und der von Gott eingesetzten staatlichen Regierungsmethoden. Noch wenige Tage und auch die Ruhstratskandale werden der Vergessenheit anheimgefallen sein.

Das Gleiche wird geschehen mit der Wegnabigung Hänge-Peters. Der Laurahüttenmann v. Karborff, der auf seiner vorjährigen Amerikareise von zarter Hand nach trauter Kofestunde um sein wohlgepicktes Portemonnaie bestohlene Zuckerpäasche und andere Leuchten christlich-frommer Tugend haben sich bei Wilhelm II. für Peters verwendet, und ihr Witten hatten Erfolg. Peters darf sich wieder Reichskommissar a. D. nennen; leider durfte ihm keine Pension zugesprochen werden, weil das nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbar wäre, nachdem der Disziplinarhof in Leipzig ihn am 15. November 1897 als im vollen Umfange der Anklage für schuldig erachtet und deshalb mit Dienstentlassung und Tragung sämtlicher Kosten bestraft hatte. Doch auf die Pension kann am Ende der Reichs-Hängekommissar a. D. Peters verzichten; er hat reichlich genug zum Leben und noch einiges mehr. Wenn der Reichstag mal über die richtige Behandlung der Eingeborenen in Afrika verhandeln wird, ruft vielleicht Bülow seinen Peters als Sachverständigen heran, der nachweisen wird, daß es ohne Auspeitschung von Negermädchen, ohne Aufhängen von alten und jungen Negern, ohne Mißhandlung von Negerweibern nicht möglich ist, den Schwarzen den richtigen Begriff von deutsch-christlicher Kultur- und Kolonialpolitik beizubringen.

Die Fleischnot mitten im Sommer und während der reichsten Futterzeit liefert den Beweis, daß die Politik Bülow des Innern auf derselben staunenswerten Höhe steht wie die Politik Bülow des Außern. Was braucht auch die Kanaille Volk Fleisch zu essen? Sie mag sich mit Kartoffeln begnügen. Namhafte Gelehrten sprechen sich ohnehin für den Vegetarismus aus; nur Pflanzenkost erhalte den Körper gesund und kräftig. Das sozialdemokratische Geschrei über den starken Märgang der Volksgesundheit, über die Hunderttausende, die alljährlich in der Blüte ihrer Jahre von Schwindsucht und anderen Seuchen dahingerafft werden, wird sofort aufhören müssen, wenn dem Arbeiter der Fleischkorb höher gehängt wird. Nicht die miserablen Wohnungsverhältnisse, nicht die verpestete Luft in den Fabriken, nicht die Ueberanstrengung durch lange Arbeitszeit schafft den Nährboden für die tödlichen Krankheiten, sondern nur den vielen Fäulnis- und Gendebensbehafteten, den süppigen Braten und anderen lederen Fleischspeisen, die der Arbeiter im Uebermaß zu sich nimmt, ist das Auftreten der Seuchen zu danken. Bülow und seine Agrariergarde haben sich nur mit Tränen des Schmerzes in ihren treuen Augen dazu entschlossen, durch Grenzsperrn und hohe Viehzölle die Erhöhung der Fleischpreise herbeizuführen. Gar zu gern hätten sie der Arbeiterklasse den Genuß gegönnt, sich an billigem, gutem Fleische satt zu essen. Aber es ging nicht, ging nicht aus Gründen überlegener Staatsweisheit und wahrer Freundschaft zum Volke. Sie konnten nicht länger zu sehen, daß durch die gefährlichen Fleischgifte die Volksgesundheit untergraben wurde. Der alte Franzosenkönig Heinrich, der vor vierhundert Jahren sagte, er wüßte, daß Sonntags jeder Bauer sein Huhn im Topfe habe, war nicht genügend in die wissenschaftlichen Geheimnisse rationeller Massenernährung eingedrungen. Er führte das Volk nur auf abschüssige Bahnen und ist mit seiner Führer-Theorie schuld an der geringen Bevölkerungszunahme Frankreichs. Bülow, Karborff, Gahn und

Dertel haben dagegen die Schleier der wahren Ernährungs-Wissenschaft gelüftet. Kartoffeln und Kastanien bieten die besten Nährstoffe in Fülle dem Volke dar, und sie sind billig. Um das Eiserlei zu durchbrechen, kann der Arbeiter ab und zu ein Gläschen Fusel sich genehmigen, den ihm die Agrarier liebevoll bereiten. — Alkohol und Kartoffeln sind die wahren Förderer stammhafter Volksgeundheit.

Ueberdies ist es nur eine der sozialdemokratischen Ullgen, auf Verhöhnung des Volkes gegen seine wahren Freunde, der Agrarier, berechnet, wenn gesagt wird, die Ursache der hohen Fleischpreise sei durch die Grenzsperrn und Viehölle gegeben. Das ist bekanntlich nicht wahr, wie die Dertelsche „Deutsche Tageszeitung“ zum Ueberdruß bewiesen hat. Schuld an den hohen Fleischpreisen ist vielmehr die unersättliche Begehrlichkeit der Fleischergesellen, die unerschwinglich hohe Löhne fordern. Man achte nicht auf die roten Volksbetrüger, welche vorgeben, sie können nachweisen, daß durch die Verdoppelung der Löhne der Fleischergesellen das Fleisch pro Pfund noch nicht um einen Zehntel Pfennig verteuert würde. Diese Rechnung stimmt nur äußerlich, wie ja alles nur scheinbar richtig ist, was die Sozialdemokraten beweisen wollen. Wer den inneren Zusammenhang der volkswirtschaftlichen Gesetze erkannt hat, sieht ein, daß trotzdem die unerschämten Lohnforderungen der Fleischergesellen allein der Grund für die hohen Fleischpreise sind. Aber natürlich! Woranlegten die hegerischen Unstirzler nicht das Gift ihrer schmähen den Kritik! Ihnen kann es eben niemand recht machen. Nicht einmal die Einladung Wilhelm II. an den armen, in der Sorge für sein Volk sich verzehrenden Zar Nikolaus ist ihnen recht. Ueberall wittern sie Unrat. Das macht ihre innere Verderbtheit, der es schließlich auch zu danken ist, daß die gemüthliche Zeit der sommerlichen sauren Gurke verschwunden ist.

Güte dich darum, Volk, vor den roten Teufelsbrütern; sie sind dein Unglück und wollen dich mit ins Verderben reißen, um dann auf deine Kosten ein Sündenleben führen zu können.



Internationale Nachrichten.

Dänischer Zimmererverband (Dansk Tomrerforbund). An der Erhebung für den Monat Juni beteiligten sich 69 Zahlstellen mit 3481 Mitgliedern. Arbeitslose wurden gezählt 401, Lehrlinge 1073 und Unorganisierte 92.

Aus Ungarn. Die Zimmerer in Pressburg stehen in einem Lohnkampfe. Alle Versuche, sich mit ihren Arbeitgebern auf dem Verhandlungswege zu einigen, sind fehlgeschlagen. Schon im Herbst v. J. wurde um eine Regelung der Löhne für die diesjährige Bausaison nachgesucht. Die Arbeitgeber antworteten darauf nicht einmal, machten auch bis zum Mai d. J. keine Miene, eine Aufbesserung des Lohnes eintreten zu lassen. Die gute Baukonjunktur veranlasste die Zimmerer, Ende Mai den Arbeitgebern ihre Forderungen zuzustellen. Verlangt wurde eine Erhöhung der Löhne von 26 bis 36 Heller auf 32 bis 44 Heller pro Stunde, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, Abschaffung der schwarzen Listen u. a. m. Die Arbeitgeber machten hierauf bekannt, dass sie nicht eine Erhöhung, sondern eine Reduktion des Lohnes vornehmen würden. Das rief bei den Zimmerern Erbitterung hervor, sie beharrten auf ihren Forderungen und beschlossen, zwecks Durchführung derselben in eine partielle Bewegung einzutreten. Nach deutschem Muster antworteten die Arbeitgeber mit einer Aussperrung, 250 Zimmerer wurden sofort entlassen. Der Hunger, glaubt man, würde sie kirre machen. Sechs Wochen währt jetzt die Aussperrung, ohne dass der Mut der Zimmerer gebrochen ist. Die Sympathie der gesamten Pressburger Arbeiterschaft ist ihnen sicher, weiss doch diese sehr wohl, dass der Ausgang des gegenwärtigen Kampfes auch für sie von folgenswerter Tragweite ist. Die Behörden stellen sich völlig in den Dienst des Unternehmertums, die Arbeitswilligen verzichten ihre ruchlose Tätigkeit unter dem Schutze der Bajonette. Dass dadurch der Kampf bedeutend erschwert wird, steht ausser Zweifel. Trotzdem sind die Aussperrten siegesbewusst, sie hoffen zuversichtlich auf einen guten Ausgang ihrer Sache.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Zahlstellenvorständen hierdurch zur Kenntnis, daß sie befehlten Protokolle über die Verhandlungen der 16. Generalversammlung des Verbandes abgehandelt sind. Weitere Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden, da die Auf- lage vollständig vergriffen ist.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Statuts in Duisburg H. Stuhlfarth (Buch-Nr. 027 676), in Bremen J. John (035 362), in Halberstadt W. Bohnstedt (049 423), S. Dörge (051 885), Fr. Könnede (051 865), W. Rauchhaus (042 089).
Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.

Agitationsbezirk Mecklenburg.

Infolge der mit Ausnahme von einzelnen Orten in ganz Mecklenburg herrschenden günstigen Arbeitsgelegenheit ist es gelungen, in folgenden Zahlstellen ohne Kampf eine Erhöhung des Lohnes resp. Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. In Schwerin ist der Lohn um 3 % erhöht, in Güstrow um 2 %, in Brunsbüttel um 2 %, in Neubudow um 2 %, in Malchin um 2 %, in Doberan um 2 %, in Neustrelitz um 2 %, in Dargun um 3 %, in Kröpelin und Satow um 4 %, in Wismar um 3 resp. 5 %, in Boizenburg um 1 % und in Krahow auf einem Platze um 3 % und eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit. Einem Kampfe bedurfte es in Hagenow (2 1/2 % Lohn- erhöhung und geregelte Stundenlohnzahlung), in Mirow (2 % Lohn-erhöhung), und in Friedland (4 % Lohn-erhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung). In dem letztgenannten Ort ist erst im vorigen Jahre bei Gründung der Zahlstelle eine Lohn-erhöhung von 3 % pro Stunde eingetreten. Erfolglos verlaufen sind die Lohnbewegungen in Sülze und Laage; von teilweisem Erfolg war die Bewegung in Rostock, während die Streiks bezw. Aussperrungen in Bützow (13 Wochen), Waren (5 Wochen) und Gnotzen (4 Wochen) noch ihrer Erledigung harren.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Arbeitgeber die Bedeutung unserer Organisation erkannt haben, daher wohl auch das in manchen Orten bewiesene Entgegenkommen. In einzelnen Orten hätten sich sehr wohl die Kämpfe vermeiden lassen, zum Schaden der Organisation ist es jedoch nicht gewesen, daß einmal die Kameraden mobil gemacht wurden. Es gibt aber auch noch Zahlstellen, deren Mitglieder den Wert einer guten Organisation nicht zu schätzen wissen. Sie glauben, am besten wegzukommen, wenn sie beim Meister lieb Kind bleiben. Mit dieser Ansicht muß endlich einmal aufgeräumt werden.

Der planmäßigen Agitation, die in diesem Jahre durch Anstellung einer besoldeten Person betrieben werden konnte, ist es zu danken, daß unsere Organisation einen erheblichen Fortschritt gemacht hat. Neu- bezw. wiedererrichtet wurden 7 Zahlstellen, und zwar Erbbiz, Krahow, Lübbchen, Malchow, Neukalen, Ribniz und Mölln. Aufgelöst hat sich die Zahlstelle Bielow.

Unterlassen wollen wir nicht, darauf hinzuweisen, daß einzelne Zahlstellen bezw. Mitglieder sich noch immer allzu- sehr von lokalen Rücksichten leiten lassen und die allge- meinen Interessen hintanstellen. Das ist ein Umstand, dem nicht scharf genug entgegengetreten werden kann. Die Beschlüsse der Generalversammlung, sind überall gut auf- genommen worden, irgendwelche nachteilige Folgen haben sie nicht gezeitigt.

S. Erdmann, Schwerin.

Agitationsbezirk Ostpreußen, Westpreußen und Posen.

Um den erhöhten Anforderungen der Agitation in dem Bezirk Ost- und Westpreußen und Posen gerecht werden zu können, wurde ich vom Zentralvorstand be- auftragt, den Kameraden Finsele- Bromberg auf einige Wochen zu unterstützen. Ueber meine Tätigkeit einen ausführlichen Bericht an dieser Stelle zu geben, unterlasse ich; nur einige Erfahrungen, die ich wäh- rend dieser Zeit gemacht habe, möchte ich hier niederlegen, weil sich diese vielleicht bei der Agitation später praktisch verwerten lassen. Auch für die in Betracht kommenden Zahlstellen dürften einige Fingerzeige, in welcher Weise die Agitation am wirksamsten zu gestalten ist, wohl am Platze sein.

Zunächst muß gesagt werden, daß leider ein erheblicher Teil der Kameraden in der gewerkschaftlichen Organi- sation nicht eine Waffe in dem Kampfe ums Dasein er- blickt, sondern sie auch nur als einen Verein ansieht, dem man beiträgt, wie jeder anderen Vereinigung, ohne auch nur entfernt das Wesen und die Aufgaben der Organisation begriffen zu haben. Daß eine Zahlstelle, die sich in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern mit solchen rückständigen An- schauungen zusammensetzt, schon gleich in dem ersten Treffen mit den Arbeitgebern versagt, dürfte leicht erklär- lich sein. Aus demselben Grunde verschwinden aber auch sehr oft eben erst errichtete Zahlstellen, weil die Arbeitgeber, die ja die Sachlage weit eher überschauen als unsere Kame- raden, bald sehen, wie eine derartige Mitgliedschaft am leichtesten von der Organisation abwendig zu machen ist. Ein paar Pfennige Lohn-erhöhung reichen aus, um das mit so vieler Mühe aufgerichtete Bauwerk mit einem Schläge zu zerstören. Aber auch andere Umstände, denen man sonst weniger Beachtung schenkt, bilden hier einen Hemmschuh der Organisation. So waren es in Culm die Frauen, die ihre Männer zum Austritt aus der Organisation veran- laßten, weil im „Zimmerer“ das Geschickswort „Wider die Pfaffenherrschaft“ angekündigt wurde. Tatsächlich ist die Zahlstelle eingegangen. Das zeigt uns, daß mit der Aufklärung des Mannes auch die der Frau gleichen Schritt halten muß, wenn etwas Gedeihliches geschaffen werden soll. Ein weiterer Umstand, der hemmend auf die Agitation wirkt, ist folgender. Ist es gelungen, Mitglieder von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, haben sie einsehen gelernt, in welcher elenden, dürftigen Lage sie zu leben gezwungen sind, dann suchen diese recht oft ihr Heil in schleuniger Abreise, indem sie sich nach Orten wen- den, wo ihre Arbeitskraft höher bewertet wird als in ihren heimatischen Gefilden. Um sich in dieser Richtung durch- aus nichts Verwerfliches zu erblicken; die Folgen aber, die daraus entstehen, sind sehr bedenkliche. Durch den Abgang von solchen Kameraden wird nicht selten ein Mangel an Arbeitskräften hervorgerufen, den man dann dadurch zu heben sucht, daß die Arbeitszeit auf 13 bis 14 Stunden verlängert wird und zu den größeren Zimmerarbeiten un- gelernte Arbeiter herangezogen werden. Dadurch werden naturgemäß die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Zimmer- gewerbe noch tiefer herabgedrückt, und die Organisation in solchen Zahlstellen geht zurück, oft sogar ganz ein.

Ungeachtet aller angeführten Hindernisse ist doch nicht zu verkennen, daß dank der Mühigkeit unserer Kameraden

die Organisation im allgemeinen auch in dem angezogenen Bezirk Fortschritte gemacht hat. Die Maßnahmen der Arbeitgeber und der Behörden, die darauf hinauslaufen, die Organisation völlig zu vernichten, rufen sehr oft gegen- teilige Wirkungen hervor. So beabsichtigten die Unter- nehmer in einem kleinen Kreisstädtchen, der Organisation den Garaus zu machen. Sie hatten zu diesem Zweck eine Kolonne Russen importiert, muhten aber leider die Erfah- rung machen, daß auch diese bereits organisiert, und ihre Absicht dadurch völlig vereitelt war. In einigen Teilen des Bezirks sind es schließlich noch die Sprachunterschiede, durch die die Agitation erschwert wird, weiter die Voreingenom- menheit gegen die Organisation, weil sie eine deutsche und keine polnische ist. Die Kameraden, die aus diesem Grunde der Organisation fernbleiben, beweisen damit nur, wie wenig sie das Wesen der modernen Arbeiterbewegung erfasst haben. Für einen denkenden, aufklärten Arbeiter gibt es weder Sprach- noch Nationalitätenunterschiede; er weiß sehr wohl, daß das Band der Organisation alle Arbeiter umfaßt. Wirken alle Kameraden in diesem Sinne, dann werden auch diese Hindernisse sich überwinden lassen.

Wenn die in vorstehendem gemachten Anregungen bei der späteren Agitation Berücksichtigung finden, so haben sie ihren Zweck erfüllt. Dann wird, des bin ich überzeugt, auch im dunklen Osten allmählich Licht werden.

R. Bergemann, Berlin.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Bützow, Goslar, Kiel, München und im westfälischen Industriebezirk (Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Iserlohn, Lüdenscheid, Oberhausen, Recklinghausen, Ruhrort, Unna, Wanne und Witten).

Gestreikt wird in Dessau, Gadersleben, Jhehoe, Jena, Langelsheim, Langenbielau, Lübeck, Meissen, Stralsund, Waren, Wies- baden und Würzburg.

Platzstreiks bestehen in Rempten und Sonne- berg.

Gesperrt sind in Burgdorf das Geschäft von W. Freers, in Nemscheid das Geschäft von Sassen- hausen und in Schönebeck das Geschäft von Luther.

Infolge Bauarbeiterstreiks herrscht Arbeits- losigkeit in Danzig und infolge Maurerstreiks herrscht Arbeitslosigkeit in Biegnitz und Plauen im Vogtl.

Zu dem angeblichen Vertragsbruch der Zimmerer und Maurer Kiels. Alle Ausdeuterorgane des Baugewerbes bringen Zuschriften, worin der Vorwurf erhoben wird, in Kiel sei von den Zimmerern und Maurern Vertragsbruch geübt worden. Sonderbarerweise deuten alle Redaktionen dieser sonst nicht sehr wahrheitsliebenden Organe an, daß es sich in den Mitteilungen um Zuschriften handelt, für die sie eine Verantwortung nicht übernehmen. Ihre Ein- sander nennen sie aber auch nicht. Sie wissen eben, daß es sich um Schwindel, um hohlen Schwindel handelt. Demgegenüber druden wir im nachstehenden eine Sach- darstellung ab, die bereits in unserem Kieler Parteiorgan auch erschienen ist, ohne daß sie von der Ausdeuter- und Schwindelspisschaft hätte widerlegt werden können:

Verfolgte Spitzbuben schreien gewöhnlich: „Galtet den Diebi!“ Diplomaten, Advokaten und geriebene Geschäfts- leute versuchen meist, ihre Segner ins Unrecht zu setzen und sich dabei als Engel aufzuspielen, auch wenn es für sie ganz ausichtslos ist, den Pferdefuß und die Bodschörner, diese Wahrzeichen des Satans, zu verbergen. Wehmlich macht es die Innung „Bauhütte“. Sie jammert über „Vertragsbruch der Maurer und Zimmerer“, obgleich sie weiß und wissen muß, daß ein Vertrag zwischen diesen und ihr gar nicht besteht. Sie hat mich in einer ihrer Publi- kationen als Kronzeuge angerufen, und es wird mir daher gefattet sein, mein Zeugnis abzulegen, was im nachstehen- den gesehen soll.

Der große Kampf der Zimmerer und Maurer im Jahre 1902 war, wie zweifellos feststeht, die Folge eines lange vorbereiteten Gewaltaktes der Innung „Bauhütte“ zu Kiel. Heiß tobte der Kampf. Siebzehn Wochen hindurch hatten meine Berufsgenossen standhaft alle jene Unbilden ertragen, die eine unerschämte Aussperrung mit sich bringt. Und sie hätten die große Not, das Geld, das in vielen Familien eingetroffen war, noch länger getragen, wenn nur Aussicht vorhanden gewesen wäre, zu einem den beiderseitigen Interessen entsprechenden Korporatibvertrage zu kommen. Aber diese Aussicht war nach siebzehnwöchigem harten Kampfe, in welchem die Innung alle staatlichen Macht- mittel auf ihrer Seite hatte, dahingeschwunden. „Da keine Aussicht mehr vorhanden war, einen auf gegenseitigen Respekt gegründeten Lohn- und Arbeitsvertrag zum Abschluß zu bringen,“ beschlossen meine Berufsgenossen am 16. Juli 1902, den Kampf aufzugeben. Es wurde jedem Zimmerer und Maurer freigestellt, „zu solchen Lohn- und Arbeitsbedin- gungen in Arbeit zu treten, die seinem persönlichen Inter- esse entsprechen.“

Damit war die Innung „Bauhütte“ aber noch nicht zufrieden. In einem geschäftsmännisch gehaltenen Schreiben vom 18. Juli 1902 teilte sie mit: „Die Innungs- mitglieder werden nicht in Arbeit nehmen, solange nicht eine Vereinbarung mit der Innung erfolgt ist.“ Zu diesem Zweck wollte die Innung bezw. ihr Vor- stand mit einer „von der Generalversammlung der Ge- sellen gewählten Kommission“ in Verhandlung treten. Das Schreiben war natürlich so gehalten, daß die eigentliche Absicht, welche die Innung mit den Verhandlungen ver- folgte, nicht so ohne weiteres daraus herborging, wie ich weiterhin zeigen werde.

Genug, meine Berufsgenossen wählten die gewünschte Kommission, und sie wählten auch mich mit hinein. Wir kamen mehrmals mit dem Innungsvorstand zusammen. Von einer Verhandlung war dabei keine Rede. Auf solche ließ sich der Innungsvorstand nicht ein. Wir machten verschiedene Vorschläge, aber der Innungsvorstand erklärte uns kategorisch, daß er sich darauf nicht einlassen, die Vorschläge gar nicht einmal diskutieren könne. Ein mittelgroßer, stark untersehter Maurermeister, den ich mir noch recht lebhaft vorstellen kann, weil sein Aussehen keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß er in seinem Leben sich nicht überarbeitet, tat ein übriges; er meinte allemal, wenn ich einen Vorschlag machte: „Ja, Herr Bringmann, wenn mir das Geld so in den Hals hineingeföhrt würde, dann könnte ich auf Ihren Vorschlag eingehen, aber wir armen Handwerkermeister wollen doch auch leben.“ Dieser „arme Handwerkermeister“ ist, wie mir kürzlich mitgeteilt worden, inzwischen verstorben, hat $\text{M} 300\,000$ Vermögen hinterlassen — gewiß ein hübsches Sümmchen „Entbehrungslohn“!

Genug, von Verhandlungen und Vereinbarungen konnte keine Rede sein. Ich sagte meinen Kommissionsgenossen, daß man mit solchen Herrschaften keinerlei Vereinbarung zu stande bringen könne, und das leuchtete ihnen auch ein. Wir erklärten dem Vorstande der Innung „Bauhütte“, daß er ja unsere Vorschläge kenne, er möchte sie an die Innungsversammlung bringen und den Beschluß derselben uns mitteilen. Das ist geschehen. In einem Schreiben vom 23. Juli 1902 teilte Herr Fr. Bölow als stellvertretender Obermeister der Innung „Bauhütte“ in einem Schreiben an meinen Kameraden G. Scharfenberg mit:

1. Ihre Vorschläge bezüglich Nachprüfung des Stundenlohnes innerhalb der Vertragsdauer auf Grund der Konjunkturverhältnisse wurden einstimmig abgelehnt.

2. Ebenfalls abgelehnt wurden die Vorschläge bezüglich des Lohnes von jetzt bis Neujahr, betreffend:

- a) 58 $\%$ Stundenlohn für diesen ganzen Zeitraum;
- b) 55 $\%$ Stundenlohn bis September und 60 $\%$ Stundenlohn vom 1. Okt. bis 31. Dezbr. d. J.

Dagegen wurde von der Versammlung ein Stundenlohn von 57 $\%$ für diese Zeit bewilligt und zwar mit 62 gegen 24 Stimmen. Letztere waren gegen eine Lohnerhöhung über 55 $\%$.

Die Bemühungen der Kommission, welcher ich angehörte, einen Tarifvertrag zu stande zu bringen, waren somit gescheitert.

In der Versammlung der ausgesperrten Zimmerer, welche am gleichen Tage stattfand, habe ich dann die Sachlage geschildert und ausgeführt, daß die Innung mit uns keinen Tarifvertrag wolle, daß sie in ihrem Schreiben mitteile, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen sie selbst festsetze. Für uns könne es sich nur darum handeln, ob wir den Kampf jetzt aufgeben und für 57 $\%$ die Arbeit aufnehmen wollen. Alles weitere gehe uns nichts an. Von der Weiterführung des Kampfes habe ich unter den gewordnen Umständen abgeraten. Dementsprechend ist dann auch beschloffen worden. Damit war der Kampf für 1902 beendet. Was nun kommt, ist nicht nur literarisch, sondern auch geschichtlich ein besonderer Abschnitt.

Die Innung hat nach dem 23. Juli 1902 Maurer und Zimmerer eingestellt und ihnen gesagt, daß sie erst dann zu arbeiten anfangen könnten, wenn sie einen Gesellenauschuß gewählt und dieser einen „Vertrag“ unterzeichnet hätte.

Mit dem Gesellenauschuß haben keinerlei Verhandlungen stattgefunden. Für ihn stand die Sache so: entweder unterschrieb er, und dann konnte die Arbeit aufgenommen werden, oder er unterschrieb nicht, dann war nicht nur seine Funktion erloschen, sondern die Arbeit wurde auch nicht aufgenommen, die Aussperrten sollten dann mit Weib und Kind weiter hungern.

Der „Vertrag“ enthält also nur von der Innung einseitig festgesetzte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Zustandekommen des Innungsgesellenauschusses und seine Unterschriften unter dem Vertrag sind mit unlauteren, jedenfalls moralisch verwerflichen Mitteln erzwungen worden. Der „Vertrag“ ist nicht einmal verbindlich für jene kleine Schar Zimmerer und Maurer, welche seinerzeit gezwungen worden ist, den Gesellenauschuß zu wählen, geschweige denn für die große Anzahl Zimmerer und Maurer, die später in Arbeit getreten.

Das ist mein nach bestem Wissen und Gewissen abgegebener Zeugnis.

G a m b u r g, den 20. Juli 1905.

August Bringmann.

Die Kieler Aussperrung und die Zentrumsblätter in Rheinland und Westfalen. Es ist wohl auch ein Zeichen der Zeit, daß die Kieler Ausbauer, die ihre Maurer und Zimmerer in hartnäckiger Weise ausgesperrt haben, versuchen, die von ihren Scharfmacherkollegen im westfälischen Industriegebiet in ebenso hartnäckiger Weise ausgesperrten Maurer und Zimmerer nach Kiel zu locken und zwar als Streikbrecher. Als ein Zeichen der Verworfenheit dürfte aber anzusehen sein die Tatsache, daß sich die Zentrumsblätter in Rheinland und Westfalen dazu hergeben, den Kieler Scharfmacher zu helfen mit Annoncen, in welchen Maurer und Zimmerer nach Kiel gesucht werden, um für 60 $\%$ Stundenlohn und bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, also als Streikbrecher, in Arbeit zu treten. Die „Neue Bochumer Volkszeitung“ brachte ein solches Inserat sogar noch am 20. Juli in ihrer Nummer 163, obgleich sie wußte und wissen mußte, wie die Sache in Kiel steht. Es wird dringend gebeten, den Zugang von Kiel streng fernzuhalten.

Zur Aussperrung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. In Essen a. d. Ruhr haben zwei Unternehmer nur fünf Zimmerer ausgesperrt, wohingegen die Unternehmer in Duisburg und Wülfrath a. d. Ruhr sich nicht an der Aussperrung beteiligen. Hieraus ist deutlich ersichtlich, daß es mit der Einigkeit des „jungen“ Bundes nicht allzugut beschaffen ist. In den übrigen Orten hat sich die Situation recht wenig verändert. In Ruhrort hatten am Schluß der Woche elf Unternehmer die Forderung, 55 $\%$ Stundenlohn, bewilligt, so daß aber die Hälfte der Zimmerer schon zu den neuen Bedingungen arbeitet. Die Zahl der Streikenden betrug nur noch acht; in Lüdenscheid, wo bisher ein Stundenlohn von 45 $\%$ bezahlt wurde, beschloffen die Kameraden, auf Grund der Aussperrung

an die Unternehmer Forderungen einzureichen. Der Lohn soll hiernach für dieses Jahr 50 $\%$ und fürs nächste Jahr 55 $\%$ pro Stunde bei neuneneinhalbstündiger Arbeitszeit betragen. In Gelsenkirchen, Essen und Herne werden die Kameraden ebenfalls in den nächsten Tagen zu den einzureichenden Forderungen Stellung nehmen.

Am Samstag, den 22. d. M., haben in Dortmund unter Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden v. Bödeder Verhandlungen zwecks Beilegung der Aussperrung stattgefunden, welche aber zu keinem Resultat führten.

Von den Arbeitgebern nahmen an der Verhandlung teil: die Wirtschaftskommission, bestehend aus den Herren Friß, Essen, Schulte-Dortmund, Post-Hagen, Walter-Röhlinghausen, Fischer-Bochum und Diehl-Essen. Von den Arbeitnehmern waren die für die einzelnen Organisationen in Frage kommenden Gauleiter sowie Efftlinge als Vertreter vom Zentralverband der Maurer und Götthard als Vertreter des Christlichen Bauhandwerkerverbandes anwesend. Efftlinge sowie auch Götthard wirkten aber nur als Gast den Verhandlungen beiwohnen, da die Herren Scharfmacher nicht mit Vertretern der Arbeitnehmer, welche außerhalb des Bundesgebietes ihren Wohnsitz haben, verhandeln wollten. Herr Friß-Essen nahm zunächst die Gelegenheit wahr, um den Anwesenden ein plausibles zu machen, daß die Arbeitgeber, wenn sie in den Tariforten die organisierten Zimmerer aussperrten, immerhin noch keinen Kontraktbruch begingen, da es den Arbeitgebern selbst bei einem Vertragsverhältnis freistehen müßte, welche und wieviel Leute zu entlassen. Nicht die Arbeitgeber, sondern die Arbeitnehmer sind tariffrüchtig geworden, meinte Herr Friß, und zwar, weil die Streikenden in Dortmund usw. die „braven“ Arbeitswilligen belästigt hätten.

Die Arbeitgeber gaben die Erklärung ab, daß der Bund in Zukunft keine Tarifverträge mehr abschließen würde, und wenn die Aussperrung aufgehoben werden sollte, dann müßte die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden, geschehe es nicht, dann würden noch schärfere Maßnahmen getroffen und eventuell Lohnreduktionen vorgenommen werden. Es ist einleuchtend, daß bei einem derartigen Scharfmacherischen Standpunkt, wie ihn die Arbeitgeber vertraten, die Verhandlungen vollständig scheiterten.

Am Dienstag finden nun in Essen die Verhandlungen unter Leitung der Sozialen Kommission statt. Aber auch diese werden, sofern Herr Friß-Essen wieder mit Anteil nimmt, dasselbe Resultat zeitigen. Zugang ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Die Lohnbewegung in Gießen hat für unsere Kameraden einen hübschen Erfolg gezeitigt. Der Lohn, der Anfang dieses Jahres noch 30, 31, 32, in einzelnen Fällen vielleicht auch 33 $\%$ betrug, ist durchweg auf 37 $\%$ erhöht worden. Der Mehrzahl der Kameraden ist diese Erhöhung zu teil geworden; wo sie noch nicht eingetreten ist, tragen die Kameraden selbst Schuld. Ein energischer Vorstoß dürfte genügen, daß auch sie des Erfolges teilhaftig werden. Beharrlichen Widerstand gegen die Bewilligung der Forderung leistet noch Zimmermeister Stein in Großenbuseck. Daß er die 37 $\%$ zahlen kann, hat er selbst eingestanden, solange wie es geht, will er jedoch noch an dem Lohn sparen. Der Platz dieses Meisters bleibt gesperrt, bis er seine Sparbestrebungen aufgegeben hat. Die Lohnerhöhung in Gießen hat auch in dem benachbarten Alsbach eine Aufbesserung zur Folge, da sich schon Anfang dieses Jahres ein dortiger Meister verpflichtete, eine in Gießen eventuell eintretende Lohnerhöhung auch in seinem Betriebe durchzuführen.

Zur Aussperrung in München. Das Ergebnis der unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsrates Dr. Brenner geführten Verhandlungen hat die Arbeitnehmer durchaus nicht befriedigt. Der Vereinbarung eines Durchschnittslohnes hätte man allenfalls noch zugestimmt, wenn sich die Vorschläge auf einer anderen Basis bewegt hätten und die Grenze nach unten nicht allzu tief gezogen worden wäre. Daß das „Angebot“ der Arbeitgeber eine wesentliche Verschlechterung der jetzt üblichen Lohnsätze bedeutet, leuchtet ein, wenn man bedenkt, daß der Durchschnittslohn für Zimmerer, der nach der letzten Statistik am 15. Juni d. J. schon 48 $\%$ betrug, bestehen bleiben soll mit der Maßgabe, daß bis zu 5 $\%$ unter demselben — also 43 $\%$ — entlohnt werden kann. In der letzten Verhandlung am 17. Juli haben sich die Arbeitgeber dann herbeigelassen, die Grenze nach unten auf 45 $\%$ festzusetzen. Für die Maurer wurde ein Durchschnittslohn von 52 $\%$ geboten mit einem Mindestlohnsatz von 49 $\%$. Für beide Berufe sollte auf Vorschlag des Dr. Brenner am 1. März nächsten Jahres der Lohn um 1 $\%$ erhöht werden. Daß sei das äußerste Angebot; werde auch dieses abgelehnt, dann würden die Verhandlungen kurzerhand abbrechen. Die Arbeitnehmer haben sich durch diese Drohung nicht einschüchtern lassen. In ihren Versammlungen am 20. Juli haben sie diese Vorschläge glatt abgelehnt. In der Versammlung der Zimmerer, die im „Thomasbräu“ tagte, berichtete Kamerad Kemmer in objektiver Weise über den Verlauf der Verhandlungen. Nachdem er die oben erwähnten Vorschläge eingehend erläutert hatte, riet er den Versammelten, nicht einen schroff ablehnenden Standpunkt einzunehmen, wie die Unternehmer, sondern wenn möglich dahin zu wirken, daß weitere Verhandlungen ermöglicht würden. Vielleicht sei eine Einigung doch noch möglich, wenn die von den Arbeitgebern geforderte lange Tarifdauer gekürzt und bei den Lohnsätzen ein kleines Entgegenkommen gezeigt werde. Die sich an den Bericht anschließende Diskussion war, obgleich sehr lebhaft, doch durchaus ruhig und sachlich. Drei Redner erklärten, die Vorschläge Dr. Brenners, 48 $\%$ Durchschnittslohn, 45 $\%$ Minimallohn, seien unannehmbar. Man müsse an den ursprünglichen Forderungen festhalten und lieber ohne Tarif die Arbeit wieder aufnehmen, als nachgeben. Die Mehrheit der Redner sprach sich indessen dafür aus, den Vorschlag Dr. Brenners wohl abzulehnen, aber auch die Geneigtheit zu erklären, im Interesse des Friedens mit den Arbeitgebern weiter zu verhandeln. Das Resultat war, wie schon erwähnt, glatte Ablehnung des Vorschlages. — Am Schluß der letzten Woche waren noch 237 Mann zu unterstützen.

Zur Aussperrung in Neusalz. Trotdem sich die Arbeitgeber in Neusalz anfänglich entschieden weigerten, in Verhandlungen einzutreten, haben sie sich jetzt doch dazu verstanden. Eine Annäherung ist auch bereits herbeigeführt,

die Einigung scheiterte jedoch noch an einigen Punkten. Es sieht aber zu erwarten, daß recht bald eine Verständigung erzielt wird.

Streik in Sonneberg. Unsere Kameraden in Sonneberg haben in Verfolg eines Versammlungsbeschlusses vom 7. Juli auf einigen Plätzen bereits die Arbeit eingestellt, weil sich die Arbeitgeber beharrlich weigerten, die Forderungen (siehe Nr. 29 des „Zimmerer“) anzuerkennen. Bis jetzt sind die Geschäfte von Vorberg und Rebban gesperrt.

Zum Streik in Straßund. Die Arbeitgeber in Straßund haben die von unseren Kameraden gestellte Forderung, Erhöhung des Lohnes von 40 auf 45 $\%$ pro Stunde, ablehnend beantwortet unter der Motivierung, daß die Lohnfrage ja gar nicht die Ursache des gegenwärtigen Streiks sei. Eine Beendigung der bestehenden Verhältnisse könne nur dadurch herbeigeführt werden, daß der Grund der Arbeits-einstellung, „mit Personen, welche dem Verbands nicht angehören, zusammen nicht arbeiten zu wollen“, beseitigt werde. Unsere Kameraden haben darauf erwidert, daß man ihnen schon das Recht, mit wem sie zusammen arbeiten wollten oder nicht, einräumen müsse. Die Lohnforderung sei als Antwort auf die von den Unternehmern angekündigte Aussperrung anzusehen und auf jeden Fall berechtigt. Zugang nach Straßund ist fernzuhalten.

Streik in Gadersleben. Ein Streik der Bauhilfsarbeiter hat sich zu einem allgemeinen Kampf im Baugewerbe verdichtet. Die ersteren forderten eine Erhöhung des Lohnes von 35 auf 40 $\%$, und stellten, als diese abgelehnt wurde, die Arbeit ein. Dadurch wurden fast sämtliche Maurer arbeitslos. Der erst vor kurzem ins Leben getretene Arbeitgeberverband trat nun auf den Plan. Seine erste „große“ Tat war die Herausgabe schwarzer Listen. Nach dem Grundsatz: „Was Du tuist, das tue gang“ wurden nicht nur die streikenden Bauarbeiter, sondern auch die arbeitslos gewordenen Maurer sowie die noch sämtlich in Arbeit stehenden Zimmerer in Verzug erklärt. Dadurch hatten sich selbstverständlich die Arbeitgeber über den Vertrag, der mit den Maurern und Zimmerern vereinbart war, hinweggesetzt. Nichts hinderte also die letzteren mehr, auch ihrerseits das Abkommen als durchbrochen zu betrachten und das schöne Vorgehen der Arbeitgeber mit Forderungen zu beantworten. Das taten zunächst die Maurer, denen die Zimmerer folgten. Gefordert wird eine Erhöhung des Lohnes auf 47 $\%$ ab 1. August d. J., und auf 50 $\%$ ab 1. Mai 1906. Am 18. Juli haben sie die Arbeit eingestellt. Bis auf 15 Mann haben die Streikenden den Ort verlassen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Lohnbewegung in Chemnitz bildet jüngst Gegenstand der Erörterung im Chemnitzer Stadtparlament. Anlaß hierzu gab das Eingreifen des Rates der Stadt Chemnitz in die Lohnbewegung zu Gunsten der gesperrten Firma Anke. Diese hatte nämlich u. a. auch den Bau der Turnfesthalle für das dritte Kreisturnfest auszuführen, der bei hoher Konventionalstrafe bis zu einem gewissen Zeitpunkt fertig sein mußte. Durch die Sperre kam A. in große Verlegenheit. Mit Handarbeitern und Arbeitern aus anderen Berufen, die sich nicht scheuten, den kämpfenden Zimmerern in den Rücken zu fallen, wurde der Bau weitergeführt. Aber Zimmerer fehlten. Da wurden denn in städtischen Diensten stehende Zimmerer einfach von dem Stadtbaurat Wahse nach dem Bau kommandiert und so A. aus der Verlegenheit geholfen. Ganz mit Recht wurde dem Rate von dem Genossen Mehnert der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Seitens des Oberbürgermeisters wurde bestritten, daß der Rat sich in die Lohnstreitigkeiten einmische. Auch der Stadtbaurat Wahse beteuerte, es habe dem Rate ferngelegen, sich in Lohnstreitigkeiten einzumischen. Es habe aber seines Erachtens kein Grund vorgelegen, dem Ersuchen des Turnfest-Komitees um Abtretung einiger Zimmerleute nicht stattzugeben. Im Interesse des Turnfestes und im öffentlichen Interesse habe er fünf Zimmerer zur Verfügung gestellt, damit die Halle rechtzeitig fertig werde. Im übrigen vermöchten doch fünf Zimmerer auf die Lohnbewegung keinen Einfluß auszuüben.

Das ist gewiß eine recht naive Anschauung, die aber die Tatsache, daß durch die Bereitstellung der städtischen Zimmerer die Sperre über die Firma Anke illusorisch wurde, nicht hinwegwischen kann. Der Vorwurf, daß der Rat hier zu Gunsten der Unternehmer in den wirtschaftlichen Kampf eingegriffen hat, ist also durchaus berechtigt.

Vereinbarungen in Homburg-Oberursel. Zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband und dem Zentralverband der Zimmerer wurde für die Orte Homburg, Oberursel, Königstein und Cronberg ein Arbeitsvertrag vereinbart. Die Bestimmungen decken sich im allgemeinen mit den in Frankfurt und dem Maingebiet gültigen. Der Lohn beträgt pro Stunde Ende Februar 1906 44 $\%$, vom 1. März 1906 bis Ende Februar 1907 45 $\%$ und von da bis 31. März 1908 47 $\%$. Der bisherige Lohn betrug für die meisten Kameraden in Homburg 40 $\%$ und darunter, in Oberursel 40 bis 42 $\%$, in den übrigen Orten stand er ähnlich wie in Homburg. Es ist also auch hier in verhältnismäßig kurzer Zeit eine wesentliche Aufbesserung des Lohnes zu verzeichnen. Unsere Kameraden können mit diesem Erfolg um so mehr zufrieden sein, als sie noch nicht lange dem Verbands angehören. Hoffen wir, daß sie die Errungenschaften auch zu erhalten wissen und auch fernerhin recht emsig an dem Ausbau der Organisation arbeiten.

Streik-Ende in Frankfurt a. d. O. In einer gut besuchten Versammlung am 16. Juli, an der auch die auswärtig arbeitenden Kameraden teilnahmen, wurde einstimmig die Aufhebung des Streiks beschloffen. Der Streik mußte beendet werden, weil zum größten Teil die Streikenden von russischen Arbeitern aus Lodz, von einigen Zimmermeister-Söhnen aus Neppen und einigen Zimmerern aus der Kottbusser Gegend ersetzt waren. Noch an demselben Tage fand eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes statt, wo die Arbeitsvermittlung zwischen ihm und unserer Verbandsleitung festgelegt wurde. Auch gab er das Versprechen ab, das letzte

Mitgliederbewegung.

Im Laufe des Quartals sind Mitglieder zuge- reist 674, eingetreten 212, Bestand vom vorigen Quartal 1803 ... Summa 2689 Abgereist 217, gestrichen 20, ausgeschieden —, ausgetreten 35, gestorben 8 ... 280 Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 1. Quartals .. 2409

Die Revisoren:

H. Raschke, J. B. Agge, Chr. Prack, W. Gerbers, Für den Vorstand: Aug. Lehmann, 1. Vorsitzender, Th. Behnten, 1. Kassierer.

Ungetreuer Kolporteur. Der Zimmerer Schinkler war seinerzeit Kolporteur unserer Zählstelle Torn. Er unter- schlug das Geld für 86 Beitragsmarken und wurde am 8. Juli dieses Jahres dafür vom Schöffengericht zu M. 20 Geldstrafe ebent. vier Tagen Haft verurteilt.

Sterbetafel.

Rosenheim. Am 15. Juli starb unser Mitglied Leopold Moser in Dernah-Tripolitania (Nordafrika), in Folge Absturzes von einem im Bau begriffenen 60 m hohen Turme, der zum Zwecke der drahtlosen Telegraphie errichtet wurde. Die Arbeiten führt die Firma Steinbeis-Rosenheim aus.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 14. Juli in Dettingen i. Wittbg. bei den Renovationsarbeiten eines ganz alten Hauses. Drei Zimmerleute, Vater und zwei Söhne, namens Lieb, waren damit beschäftigt, die Wandvertäfelung wegzureißen, als plötzlich der ganze Plafond sich löste und auf sie stürzte. Dem Vater wurde die Schädeldecke eingeschlagen, so daß der Tod alsbald eintrat; dem älteren Sohne wurde der Körper in eine solch unnatürliche Lage gezwängt, daß die Wirbelsäule verbogen und das Rückenmark verletzt ist, so daß dieser, wenn er mit dem Leben davonkommt, zeitlebens krüppelhaft bleibt. Der jüngere Sohn blieb unversehrt, weil ein absitzender Balken durch seine Querlage ihn vor dem Verschütten schützte. Nun hat das Gericht die weiteren Arbeiten dieser alten Hütte sistiert. — Der in einem Zimmergeschäft in Eisenberg beschäftigte Arbeiter Stumpf schnitt sich an der Kreisäge drei Finger von einer Hand fast ganz weg. — In Grüne i. W. waren am 17. Juli die Zimmerer Modler und Kuchler aus der Zentrale mit Streichen des Wasserturmes beschäftigt, wobei beide aus beträchtlicher Höhe abstürzten. Glücklicherweise fielen sie in ein mit Wasser angefülltes Bassin und kamen so mit einigen kleinen Verletzungen davon. Ein Kontrolleur, der den Sturz gesehen hatte, kam ihnen zu Hilfe, sonst wären beide womöglich noch ertrunken. — Der Zimmermann Richard Berger aus Affalter stürzte am 15. Juli von einem Neubau in Niederschlema und starb an den erhaltenen Verletzungen am selben Abend. — Ein schwerer Bauunfall hat sich am 14. Juli in Rummelsburg auf dem Bau des vom Ruderklub Stralau errichteten Bootshauses ereignet. Der 44 Jahre alte Zimmerer Otto Klatt stürzte dort aus unausgeklärter Ursache etwa sechs Meter tief vom Gerüst herab und erlitt einen Schädelbruch, den Bruch des rechten Armes und schwere innere Verletzungen. — Bei dem Hölzerlegen einer Eisenbahnbrücke bei Bochum verunglückte am 13. Juli der Zimmerer Mathies. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. — In Meß wurden am 14. Juli bei einem Gerüstesturz zwei Zimmerer mit in die Tiefe gerissen. Einer verletzte sich schwer, während der andere mit leichteren Verletzungen davontam. — Auf einer Baustelle in München an der Donnersbergstraße wurde einem Zimmermann durch einen umfallenden Balken der rechte Fuß abgeschlagen. — In Mainz stürzte am 19. Juli ein Maurerlehrling Jelmser aus dem vierten Stock eines Neubaus herunter und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. — Ein Maurer, der an dem Neubau der Realschule in Groß-Gerau gearbeitet hatte, wurde durch ein herabfallendes Holzstück so schwer verletzt, daß er in das Hospital gebracht werden mußte. — Am 17. Juli fiel in Grünstadt (Pfalz) im Neubau Kiesen in der Kirchheimerstraße der bei der Baufirma Gebrüder Nüttger in Arbeit stehende Maurerlehrling Thomas Schud aus Wertesheim beim Speisetragen vom obersten Stockwerk herab und trug dabei derartige innerliche Verletzungen davon, daß er mittels Tagbahre ins Distriktskrankenhaus verbracht werden mußte. — In Serrig (Reg.-Bez. Trier) stürzte am 15. Juli ein Gewölbe ein. Drei dabei beschäftigte Arbeiter wurden verschüttet. Einer wurde tot, die beiden anderen verletzt zu Tage gefördert.

Aus der Hamburgischen Baugewerksberufsgenossenschaft. Dem Verwaltungsbericht der Sektion III, Kiel, umfassend die Kreise Oldenburg, Kiel Stadt und Land, Neumünster Stadt, Plön, Steinburg, Süder- und Norderdithmarschen, Rendsburg und Eckernförde, entnehmen wir, daß die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft (Betriebe) auf 2008 in 21 Gewerbearten gegen 1904 im Jahre 1903 gestiegen ist. Neu aufgenommen sind 235, gelöscht 136 Betriebe. Bei Zugrundelegung von 220 Arbeitstagen für einen Vollarbeiter ergibt sich, daß in den gesamten Betrieben der Genossenschaft 14 211 Lohnarbeiter (gegen 13 763 im Vorjahre) beschäftigt gewesen sind. Hiervon entfallen auf Maurerei 6258, Zimmerei 2655, Malerei 1383, Bautischlerei 530, Plastererei 451, Gas- und Wasseranlagen 203, Klempnerei 307, Bautechniker 284, Schiffsbauerei (Holz) 119, Ofenfekererei 212, Fuhrwesen 168, Dachdeckererei 147, Steinmeherei 143, Möbelfarben 152 und Bauglaserei 121 Arbeiter. Die

Zahl der Unfälle betrug 674. Hiervon entfallen 661 auf die Genossenschaft, darunter neun Todesfälle, und 13 auf die Versicherungsanstalt, darunter ein Todesfall. Im ganzen sind im Laufe des Berichtsjahres 373 berufsunfähige Ver- scheide von der Sektion III erlassen. Beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Schleswig wurden 74 Sachen anhängig gemacht; aus dem Vorjahre waren 21 Sachen rückständig. Hiervon blieben am Jahresluß 15 unerledigt. 54 wurden zu Gunsten der Genossenschaft, 21 zu Gunsten der Verunglückten, 4 durch Vergleich und 3 durch Zuriinnahme erledigt. Die Unfallentschädigungen steigerten sich auf M. 122 543 (gegen M. 110 228 im Vorjahre). Diese Summe gelangte an 785 Personen zur Vergebung. Im Bezirk der Sektion III waren die anrechnungsfähigen Löhne im Jahre 1904 M. 12 066 974. Im ganzen wurden seit 1887 M. 127 334 487 Löhne ausbezahlt. Die Höhe der seit 1885 gezahlten Unfallentschädigungen stellt sich auf M. 965 783, der Verwaltungskosten auf M. 181 098.

Bauarbeiterschutz in Leipzig.

Am 26. und 27. Juni ist in der Stadt Leipzig und in der Amtshauptmannschaft eine Kontrolle der Bauten vorgenommen worden. Das Ergebnis hat die Kommission an zuständiger Stelle unter näherer Erläuterung der Mißstände abgegeben. Von ins- gesamt 276 kontrollierten Bauten entfielen 72 auf die Amtshauptmannschaft und 204 auf das Stadtgebiet. Bezüglich der letzteren fehlten auf 24 Bauten die Unfallverhütungs- vorschriften gänzlich. Eine Anweisung zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen wurde nur auf 2 Bauten an- getroffen, ein Verbandskasten fehlte in 40 Fällen und in 16 Fällen war er mangelhafter Natur. Die Beschaffenheit der Gerüste, die mit gesäumten Brettern belegt sein sollten, entsprachen dem nicht in allen Fällen, während in 4 Fällen unter diesen Gerüsten, wo gearbeitet wurde, kein vollständig abgedecktes Gerüst war. Sockelbretter fehlten an 34, Barrieren an 11 Gerüsten. Das Schutzgerüst für Dach- decker und Klemmner und zum Auffangen des Materials fehlte in 8 Gerüsten. Ein Maler- und Stukkateurgerüst wurde vorgefunden, das nicht mit gesäumten Brettern be- legt war. Die Balkenlagen, auf denen gearbeitet wurde, waren in 2 Fällen nicht vollständig zugedeckt, auch unter diesen war in einem Falle kein vollständig zugedecktes Ge- rüst, auch waren die Zugänge zu letzteren nicht genügend abgesperrt an 17 Bauten, bei 6 waren sie mangelhaft. Die Leitergänge wurden in 8 Fällen in Unordnung gefunden. Auch Schutzdächer an Ausgängen und an Arbeitsplätzen der Kalklöcher usw. waren mangelhaft und fehlten gar in 8 Fällen ganz. Klemmner bezw. Dachdecker ohne Gurt und Leine wurden in 8 Fällen angetroffen. Die Balkenlage, nur mit Schutt ausgefüllt, wo Maler und Töpfer usw. arbeiteten, war auf 7 Bauten nicht mit Brettern zugedeckt. Treppen und Podeste waren 16 zu verzeichnen, die nicht mit Geländer versehen waren, auch lagerten Baumate- rialien, Schutt, Abfälle und dergleichen auf Treppen und Gängen. Bei Innengerüsten sollten an Fenstern Schutz- barrieren zur Verhütung des Absturzes angebracht sein, aber in 10 Fällen waren solche nicht vorhanden. Auch die Baubuden, die Aufenthaltsräume waren vielfach in einem keineswegs anheimelnden Zustande. In 3 Fällen fehlten solche Räume ganz, in weiteren 3 Fällen waren sie mangel- haft. In 12 Fällen befand sich der Aufenthaltsraum im Keller, obwohl das nicht zulässig ist. Eine Baubude war nicht verschließbar, 7 waren ohne Fenster, in 20 Fällen waren die vorhandenen Fenster nicht zu öffnen, in 4 Fällen war kein wasserdichtes Dach, in 14 kein Fußboden, in 95 keine Tische vorhanden. 75 Buden waren aus Holzwerk hergestellt und 8 waren zu verzeichnen, in denen Bau- materialien und dergleichen zugleich mit aufbewahrt wur- den. Ein heizbarer Ofen, der zwar gegenwärtig zum Er- wärmen unnötig, jedoch oftmals bei Regentagen den Außen- arbeitern zum Trocknen der Kleider sehr dienlich sein würde, war in vielen Buden nicht vorhanden. Während für die Maurer und Bauhandwerker, mitunter gleichzeitig auch für Zimmerleute, eine Baubude besteht, müssen, vereinzelte Fälle ausgenommen, die Innenarbeiter oft nur unter den notdürftigsten Verhältnissen Unterkunft suchen. Höchst selten findet man zum Beispiel bei den Töpfern einen ver- schließbaren Raum, während alle anderen Berufe den An- kleideraum mit zur Aufbewahrung ihres Materials benutzen müssen, was namentlich bei den Malern zum größten Nach- teil der Gesundheit ist. Ein verschließbarer Ankleideraum wurde in 7 Fällen angetroffen, während in 6 Fällen der- selbe mit als Farbenraum diente, und in 4 Fällen im Keller untergebracht war. Aborte fehlten auf 3 Bauten ganz. Viele Aborte spotteten jeder Beschreibung. Bei 11 kann man von außen hineinsehen, 6 haben kein wasser- dichtes Dach, 25 keinen Fußboden, 5 keine Sitz- und Stoß- bretter, 8 sind sonst mangelhaft, bei 11 sind die Sitzbretter unrein, bei 3 sind die Tonnen überfüllt. Auf 41 Bauten waren keine wasserdichten Tonnen vorhanden, und auf 86 Bauten war in den Etagen kein Urineimer aufgestellt. In 3 Fällen war der Abort im Keller untergebracht. Ähnlich sind die Zustände auf den Bauten der Vor- orte, teils noch schlimmer. Unter den 72 gezählten Bauten gibt es 59, auf denen keine Anweisung zur Hilfeleistung bei Unglücksfällen, 13, auf denen keine Unfallverhütungs- vorschriften aushängen, und auf 17 Bauten fehlt der Ver- bandskasten. An 12 Gerüsten waren keine Sockelbretter, an 3 Gerüsten kein abgedecktes Gerüst. Ein Schutzgerüst für Dachdecker und Klemmner wie zum Auffangen von Mate- rial wurde zweimal vermißt. Ein Maler- und Stukkateur- gerüst war nicht vollständig zugedeckt. Leitern zum Auf- stieg fehlten in 3 Fällen. Die Balkenlage war zweimal nicht völlig zugedeckt, unter dieser keine völlig zugedeckte in 7 Fällen, die Zugänge hierzu ungenügend abgesperrt in 11 Fällen. Leitergänge waren achtmal nicht in Ordnung. An Arbeitsplätzen und Ausgängen fehlten teil- weise die Schutzdächer. In 3 Fällen arbeiteten Maler, Töpfer usw. auf Balkenlagen, die nicht mit Brettern ab- gedeckt waren. Vier Treppen und Podeste waren ohne Ge- länder. Dreimal waren die Arbeiter vor Absturz aus offenen Fenstern nicht gesichert. Ohne Gurt und Leine arbeiteten Klemmner auf 3 Bauten. Baubuden fehlten in 2 Fällen gänzlich, und in 3 Fällen waren sie im Keller untergebracht. In einem Falle war die Baubude ohne ver-

schließbare Tür, 11 Buden waren ohne Fenster und an 12 Stellen waren die Fenster nicht zu öffnen. Eine Bude besaß kein wasserdichtes Dach, 22 waren ohne Fußboden, 49 ohne Tische, 4 ohne Tische und Bänke. 35 waren von Brettern hergestellt und in 2 Fällen lagerte Baumaterial und dergleichen mit darin. Für Innenarbeiter war wohl ein Ankleideraum vorhanden, der in 2 Fällen mit als Farbenraum diente. Die Aborte sehen mitunter noch schlechter aus als im Stadtgebiet, weil hier keine Vorschrift besteht, daß wasserdichte Tonnen vorhanden und Urineimer in den Etagen aufgestellt sein müssen, 2 Aborte haben kein wasserdichtes Dach, 20 keinen Fußboden, 10 keine Sitz- und Stoßbretter. Bei 8 sind die Sitzbretter unrein, bei 2 sind die Tonnen überfüllt. In 3 Fällen fehlte der Abort gänz- lich, während man in 4 Fällen von außen hineinsehen konnte. So sah es auf den Hochbauten aus, von denen am schlimmsten auf den Bahnbauten der Vororte die Mißstände zu Tage traten. Aber ähnliche Verhältnisse finden sich bei den Tiefbauten. Da waren bei 6 Straßenbauten, Stein- feker- bezw. Schleusenbau der Stadt, Unfallvorschriften, Verbandskasten wie der Arbeiterzahl entsprechende Unter- kunftsräume nicht zu finden, nur in einem Falle hing eine Anweisung für die erste Hilfeleistung bei Unfällen aus. Das gleiche Bild ergab sich bei 4 Straßenbauarbeiten in der Amtshauptmannschaft, wo keine der vorstehenden Vor- schriften vorgefunden wurde, in einem Falle war nicht einmal eine Bude vorhanden. In 5 Fällen wurde den Kontrolleuren der Bau verwiesen.

Das Gesamtergebnis ist gegenüber der letzten Kontrolle etwas besser geworden. Die Kontrolle wurde ausgeübt über 218 Wohnhäuser, 12 Fabriken, 10 Straßen- einschließlich 2 Schleusenbauten, 8 Geschäftshäuser, 20 Bahn- und Ge- meinde- bezw. städtische Bauten und 8 Umbauten.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und verwandte Berufe für die Provinz Sachsen, Anhalt und thüringische Staaten ist in Halle ins Leben gerufen worden. Ihm haben sich bereits nachfolgende Verbände für das Baugewerbe angeschlossen: Bernburg, Dessau, Zerbst, Eisenach, Langensalza, Zeitz, Weiskensfeld, Gera, Nord- hausen, Magdeburg und Halle. Den Vorstand bilden Maurermeister E. Reichardt-Halle, Zimmermeister Gahne- mann-Halle, Maurermeister Grote-Halle, Maurermeister Schoedel-Magdeburg, Maurermeister Schröder-Langensalza, Zimmermeister Pelikan-Dessau, Architekt Stoye-Bernburg, Zimmermeister Endemann-Gotha, Maurermeister E. Frißsche-Zeitz, Maurer- und Zimmermeister A. Weitz- Gera.

Eine Reorganisation des Vier-Städte-Bundes (Hamburg-Altona-Wandsbeck-Harburg) wird geplant. In einer vor kurzem stattgefundenen Versammlung der „Znning Bauhütte“ zu Hamburg hob Obermeister Lummert hervor, daß die Bildung eines solchen Verbandes im Inter- esse einer umfassenden Einigung des gesamten Bau- gewerbes und seiner Lieferanten im Vier-Städte-Gebiete liege, so daß die Entfaltung einer freien, intensiven Betäti- gung in allen Angelegenheiten der Arbeitgeber möglich sei. Ueber die grundlegenden Gesichtspunkte dieser Reorgani- sation hielt Herr H. E. Aug. Meyer, der Leiter des Ar- beiternachweises der „Bauhütte“ einen Vortrag. Nachdem entsprechende Vorbereitungen bereits getroffen sind, wird die Beratung eines Statuentwurfes durch eine Vier- Städte-Bundkommission in nächster Zeit geschehen.

Sozialpolitisches.

Vergebung städtischer Arbeiten nur an Unter- nehmer, die ihren Verpflichtungen Arbeitnehmern gegenüber nachkommen. Die „Frankf. Zeitung“ brachte kürzlich einen Bericht aus Darmstadt über eine Stadt- verordnetenversammlung, die einige, die weitesten Kreise inter- essierende Ausführungen in bezug auf Arbeitsvergebung enthält. Seitens einiger Stadtverordneten war ein An- trag gestellt, daß städtische Arbeiten nur an solche Unter- nehmer vergeben werden dürfen, von denen die mit den Arbeitnehmern geschlossenen Verträge über Lohnverhältnisse und Arbeitszeit eingehalten, sowie die sich aus den Versicherungs- gesetzen ergebenden Verpflichtungen erfüllt werden.

Der Antrag wurde angenommen, und zwar mit dem Nachsatz, daß die Stadt berechtigt ist, zur Deckung der von den Unternehmern den Krankenkassen und Unfall- und Invalidenversicherungskosten geschuldeten Beiträgen in erster Linie das Guthaben der Säumigen und dann deren Kaution in Anspruch zu nehmen.

Gewerbegerichtliches.

Ein Gutachten über Innungs-Schiedsgerichte hat auf Veranlassung der städtischen Behörden das Gewerbe- gericht zu Düsseldorf ausgearbeitet. Es dürfte für weitere Kreise von Interesse sein. In dem Gutachten wird zunächst der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Errichtung solcher Gerichte den sozialen Frieden ernstlich zu gefährden, sowie die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern viel- fach schon bestehende Spannung zu vermehren geeignet sei. In Begründung dieser Annahme wird ausgeführt, daß die Arbeitnehmer zu einem solchen Gerichte kein Vertrauen hätten, schon weil der Vorsitzende ein Innungsmeister sein könne. Auch der fernere Umstand, daß gegen eine nicht zugängende Entscheidung innerhalb eines Monats Klage zum ordentlichen Gerichte statthaft sei, werde es allen Arbeitern, die nach Aufgabe ihres Arbeitsverhältnisses nicht länger am Plage bleiben könnten, unmöglich machen, Forderungen gegen ihre Arbeitgeber durch das Gericht entscheiden zu lassen, weshalb in Interessententreisen angenommen werde, daß derartige mit so geringen Kompetenzen ausgestattete

Gerichte den alleinigen Zweck verfolgten, dem Arbeiter die Geltendmachung seiner Forderung aus dem Arbeitsverhältnis nach Möglichkeit zu erschweren.

Literarisches.

Das Protokoll der Verhandlungen des Fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands ist erschienen. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten das Exemplar zum Vorzugspreise von 25 ¢.

Es ist zu wünschen, daß das Protokoll in den weitesten Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingehend gelesen und studiert wird.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), ist soeben das 48. Heft des 23. Jahrgangs erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 35. Preis für das Einzelheft 10 ¢, pro Monat 40 ¢, pro Vierteljahr M. 1,20) ist soeben das 17. Heft erschienen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 15 des 15. Jahrgangs zugegangen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 ¢, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 ¢, unter Kreuzband 65 ¢, Jahresabonnement M. 2,80.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 15. Nummer seines 22. Jahrgangs erscheinen lassen. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 ¢.

Der „Süddeutsche Postillon“ liefert mit der Nr. 15 eine Glanznummer, die für 10 ¢ reichen Humor und Unterhaltung bietet.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefaßt Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Sonntag, den 30. Juli:

Konstanz: Vormittags 9½ Uhr bei Luz.

Montag, den 31. Juli:

Anklam: Abends 8 Uhr. — Heidelberg: Abends 8 Uhr im „Goldner Römer“, Hauptstraße.

Dienstag, den 1. August:

Arheilgen. — Frankfurt a. d. O.: Abends 8 Uhr im „Vorwärts“, Breitestraße. — Frankfurt: Im „Deutschen Haus“ bei W. Walter. — Halberstadt: Bei Vollmann, Baakenstraße 68. — Hannover: Abends 8½ Uhr, Neuestraße 27. — Jhehoe: Abends 8 Uhr. — Nordenham: Abends 6 Uhr im W. Tafelweins Gasthof. — Sonderburg: Abends 8 Uhr im „Dänischen Vereinshaus“.

Mittwoch, den 2. August:

Biebrich: „Zum Kaiser Adolf“. — Celle: Abends 8 Uhr. — Coburg: In der „Himmelsleiter“, Leopoldstr. 27. — Cöln, Bezirk Ralf: Abends 8½ Uhr bei Nieß, Viktoriastraße 70. — Cisleben: Abends 8 Uhr im „Bürgergarten“, Nikolaistraße. — Emben: Abends 8 Uhr im „Bellevue“. — Hensburg: Abends 8 Uhr bei Andresen, Silber-Fischerstraße. — Frankfurt a. M.: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Guben: Abends 7 Uhr zur „Friedensallee“. — Kiel-Gaarden: Abends 8½ Uhr bei J. Dose, Ede Schul- und Kielerstraße. — Langelsheim: — Langenbielau: Im „Goldenen Frieden“ in Neubielau. — Lehe-Gesehminde: Bei Weikamp in Gesehminde. — Wandsbef: Bei Cronau, Hamburgerstraße. — Westerland: In May Petersens Gasthof.

Donnerstag, den 3. August:

Greifswald: Bei Wudke, Langereiche 82. — Lübeck: Abends 8½ Uhr im „Vereinshaus“ Johannisstraße 50. — Teltow.

Freitag, den 4. August:

Dufum: In der Herberge, Silberstraße 64. — Lüthben: In der „Reichshalle“ bei Joh. Jahnke, Salzstraße. — Mühlhausen i. Th.: Im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 5. August:

Arneburg: Abends 8 Uhr beim Gastwirt Vorstel. — Acherleben: Im „Goldenen Anker“, Dästerstraße. — Angsburg: Abends 7 Uhr „Zum Schwan“. — Bahrenth: Abends 6 Uhr in der „Zentralhalle“. — Beuthen: Zahlabend im „Samburger Hof“. — Brieg: Bei Bid, Gartenstraße. — Bunzlau: Bei Gumprich, Schlossstraße 10. — Cracau: Abends 7 Uhr in der „Schwingerhalle“. — Dessau: Bei Stelzer. — Emmendingen: Abends 8½ Uhr in der „Sinnerhalle“. — Frankenthal: Nach Arbeitschluss im Restaurant „Zum Nachtlicht“. — Gelsenkirchen: Abends 8½ Uhr in der „Sängerhalle“, Schallerstraße 3. — Göppingen: Im „Weißen Tisch“, Barbarossastr. 29. — Hagen i. W.: Abends 8½ Uhr im „Volkshaus“, Wehringhäuserstraße 89. — Heiligen i. S.: Zahlabend. — Halle: Bei Streicher, Kleine Klausstraße 7. — Herford: Abends 6½ Uhr bei Läge, Alter Markt. — Holzwinden: Abends 8 Uhr bei G. Striegecke. — Kattowitz: Zahlabend im Gewerkschaftshaus, Rathausstr. 6. — Laage i. W.: Abends 8 Uhr. — Langendiebach: Bei Gbbel. — Leipzig-Gohlis: Zahlabend, „Zur Morgenröte“. — Mannheim: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, H 1, 4. — Merseburg: In der „Funkenburg“. — Minden: In der „Zentralhalle“. — Mündenheim: Abends 8 Uhr im „König Ludwig“ Bahnhofstraße. — Mylau: Im Gasthaus „Zur Germania“. — Neuenhain-Schicht: Von 5 bis 6 Uhr Abends Beitragszahlung im Gasthaus „Zum Vogel Rock“. — Oeb: Abends 9½ Uhr bei Wwe. Suller, Hauptstr. 45. — Osterleben: Abends 8 Uhr bei Strumpf. — Parchim. — Schmolln: In Grels Restaurant, Bahnhofstraße. — Stade: Abends 8 Uhr in „Stübli Tidoli“. — Wülfer: Abends 8 Uhr in der Herberge. — Witten: Bei August Casse, Oberstraße 17. — Wittenberge: Bei Herm. Jahn, Steinstr. 3. — Würzen: Zusammenkunft im „Schützenhaus“. — Zeit: Zahlabend. — Zuffenhausen: Abends 8 Uhr bei Paiff, „Zum Kirchhof“. — Zweibrücken: Abends 9 Uhr im „Goldenen Stern“.

Sonntag, den 6. August:

Altenburg: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Engel“. — Ballenstedt: Nachm. 4 Uhr in der „Reichskrone“. — Bergen b. Celle. — Bernburg: Nachm. 3 Uhr im „Deutschen Hause“. — Bevensen: Nachmittags 3 Uhr in „Meyers Hotel“. — Boizenburg: Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. — Bochum: Vorm. 10½ Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Bonn: Nachm. 2 Uhr bei Fabbender, Kasernenstr. 16. — Brinnum: Nachm. 5 Uhr bei Gessen. — Brunsbüttel: Nachm. 3 Uhr in der Fährwirtschaft b. Otto Heinrich. — Burgdorf: Im „Schützenhaus“, Marktstr. 26. — Cassel-Dörnhausen: Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Fehr, Sutershausen. — Cöstin: Nachm. 3 Uhr Krause Restaurant, Roggower Allee. — Crefeld: Bei Neuen, Ede Stephan- und Peterstraße. — Dietesheim: Nachm. 2 Uhr. — Dortmund: Nachm. 4 Uhr bei Steinmann, 1. Kampstr. 73. — Durlach: Im Gasthaus „Zum Schwan“. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Effen: Vorm. 11 Uhr in der „Vorrußia“, Rottstraße 18. — Frankenhäusen: Nachm. 3 Uhr im „Schützenhaus“. — Freiburg i. B.: Vorm. 10 Uhr bei Schwente. — Gießen: Bei Waberstraße, Hornburg. — Granssee: Nachm. 4 Uhr im Megenthinschen Lokal. — Greifenberg. — Greifenhagen. — Sameln. — Karlsruhe: Vorm. 10 Uhr im „Auerhahn“, Schützenstraße 58. — Königswusterhausen: Nachm. 4 Uhr im „Siegeskranz“. — Landsberg a. d. W.: Bei Rothenburg, Küstrinerstr. 80/81. — Lindau: Vorm. 10 Uhr im „Engelgarten“. — Lützenwalde: Nachm. 3½ Uhr. — Meß: Vorm. 10 Uhr bei Uhlmann, Karlstr. 4. — Neubukow: Nachmittags 3 Uhr bei Tschel. — Debitfelde: Nachmittags 4 Uhr bei Curt Müller. — Oranienburg: Nachm. 4 Uhr bei Aug. Diedrich, Mühlenstraße. — Pasewalk: Nachm. 2 Uhr bei Wolf, Am Markt. — Perleberg: Nachm. 4 Uhr bei Bierjahn. — Preeß: Abends 7 Uhr. — Regensburg. — Rosenheim: Vorm. 10 Uhr im „Sterngarten“. — Ruhrt. — Saarbrücken: Im „Kaiserpalast“ zu St. Johann. — Seeburg: Nachm. 4 Uhr im Hotel „International“. — Seehausen: Nachm. 8½ Uhr bei Hünke (Herberge). — Sülze: Abends 8 Uhr in der Herberge. — Schneidemühl: Nachm. 4 Uhr bei Kotersti, Schmiedestr. 8. — Schwartau: Nachm. 4 Uhr in „Sternbergs Lokal“, Rensfeld. — Stendal: In der Herberge, Vogelstr. 17. — Straßburg i. E.: Nachm. 2 Uhr in der Wirtschaft „Zur Glocke“. — Swinemünde: Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Walbschloß“. — Wetzlar: Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. — Warel: Bei Wejer, Langestraße. — Wegeleben: Nachm. 3 Uhr bei Ehrlich. — Wetterstadt: Nachmittags 4 Uhr im „Grünen Laub“. — Wittenberg: Im Gasthof „Zur Einigkeit“.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebracht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse August Bringmann, Hamburg 22, Fehlerstr. 28, I., einzusenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 ¢ per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bar Geld zu senden.)

Nachruf.

Am 21. Juli verstarb plötzlich durch Unglücksfall unser Kamerad

Wilhelm Hein

im Alter von 83 Jahren. [M. 3,90]

Ehre seinem Andenken!

Die Zahlstelle Grünberg i. Schl.

Bekanntmachung.

In der Strafsache gegen den Fabrikarbeiter Wilhelm Weith, früher zu Wiesdorf, wegen Diebstahls, wird der Zimmermann Leonhard Johann Veiel, geboren am 16. November 1876 zu Pühl, als Zeuge gesucht. Um unverzügliche Mitteilung über den Aufenthalt des Zeugen ersuche ich zu dem Akten 10 L 29. 05.

Düsseldorf, den 6. Juli 1905.

[M. 3]

Der Erste Staatsanwalt.

Der Zimmerer Wilhelm Wegner (Verb.-Nr. 93 798), geboren am 20. März 1885 in Penzlin, wird von seiner Mutter um Angabe seiner Adresse erucht. [M. 1,20] Frau Wegner, Penzlin, Spectr. 255.

Ein durchaus selbständiger Treppenarbeiter gesucht.

Dauernde Arbeit garantiert. Offerte mit Lohnangabe und seitheriger Beschäftigung an Zimmergeschäft Harry, Darmstadt. [M. 1,50]

Zimmerer für dauernde Beschäftigung sucht Deutsche Hausbau-Gesellschaft, Fabrik zerlegbarer transportabler Holzhäuser, Stargard i. Pomm. [90 ¢]

Zahlstelle Zehdenick u. Umg.

Am Sonnabend, den 12. August, von 4 Uhr Nachmittags an, findet unser diesjähriges

Sommerversnügen

bestehend in Konzert und Ball [M. 8] im Lokale des Herrn Buchholz statt. — Alle Kameraden werden ersucht, sich daran zu beteiligen; um dieses zu ermöglichen, soll am Nachmittage die Arbeit ruhen. Der Vorstand.

Bautechniker und Zimmerleute

finden einen stets bereiten Berater in dem neu erschienenen

Schiffbuch

zur Erlernung der verschiedenen Nachschiffungsmethoden, von Bauwerkmeister Fr. Kerndter.

Mit 31 Abbildungen im Text. Verlag J. B. Metzler Stuttgart. Bieslam gebd. Preis M. 1,60.

Vorbereitung für Meister- u. Gesellenprüfung Lehrbuch für Bau- und Fortbildungsschulen.

Zimmerer Deutschlands!

Islander, prima, 2 B schwer, M. 6; Dresdener Zimmermannshose à Paar M. 4,50, 5 Paar zusammen M. 20; garantiert echt schwarze Samthose M. 10; prima Lederhose, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ B schwer) M. 4,80; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jackets (ein- und zweireihig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireihig (Perlmutterknöpfe), à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21.

Neu! Garantiert echt schwarze Lederhosen, Dreidrahtgewebe, mit Ledertaschen, à Paar M. 6; Jackets mit warmem Futter M. 11; Hose, Sorte II M. 5, Jacket M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen besendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallenbes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei!

Emil Hohfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4. Versandhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer.

Advertisement for M. Mosberg's Arbeitergarderoben. Features an illustration of a man in work clothes and a woman. Text includes 'Eigene Fabrikation', 'Für erprobt gute Qualitäten!', 'Preislisten gratis.', and 'Um die allein echten, weltberühmten M. Mosbergschen Fabrikate zu erhalten, schreibe man stets: Firma M. Mosberg, Bielefeld, 45 Breitestraße 45.'

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.